

Fichtner, Ferdinand et al.

Article

Deutsche Wirtschaft: Beschäftigungsaufbau stark, Investitionstätigkeit schwach

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Fichtner, Ferdinand et al. (2017) : Deutsche Wirtschaft: Beschäftigungsaufbau stark, Investitionstätigkeit schwach, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 84, Iss. 11, pp. 185-204

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/157317>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Deutsche Wirtschaft: Beschäftigungsaufbau stark, Investitionstätigkeit schwach

Von Ferdinand Fichtner, Karl Brenke, Marius Clemens, Simon Junker, Claus Michelsen, Thore Schlaak und Kristina van Deuverden

Der deutsche Konjunkturmotor ist weiter auf Touren: Die Wirtschaftsleistung dürfte in diesem Jahr bei leicht überausgelasteten Kapazitäten um 1,4 Prozent wachsen. Ins Gewicht fällt der anhaltend kräftige Beschäftigungsaufbau: Die Zahl der Arbeitsplätze steigt um 600 000. Das treibt den privaten Konsum, der das Wachstum der deutschen Wirtschaft weiter maßgeblich stützt. Die höhere Inflation dämpft zwar die Kaufkraft, wird aber im späteren Verlauf wieder etwas nachgeben. Die zuletzt hohen Überschüsse der öffentlichen Haushalte werden kräftig zurückgehen. Ein weiterer Wermutstropfen sind die nach wie vor schwachen Investitionen, die auch damit zusammenhängen, dass Brexit und Trump die deutschen Exporteure verunsichern. Risiken bergen mögliche Spannungen auf den Finanzmärkten, die etwa infolge der Wahlen in Frankreich und den Niederlanden entstehen und sich in die Realwirtschaft übertragen können.

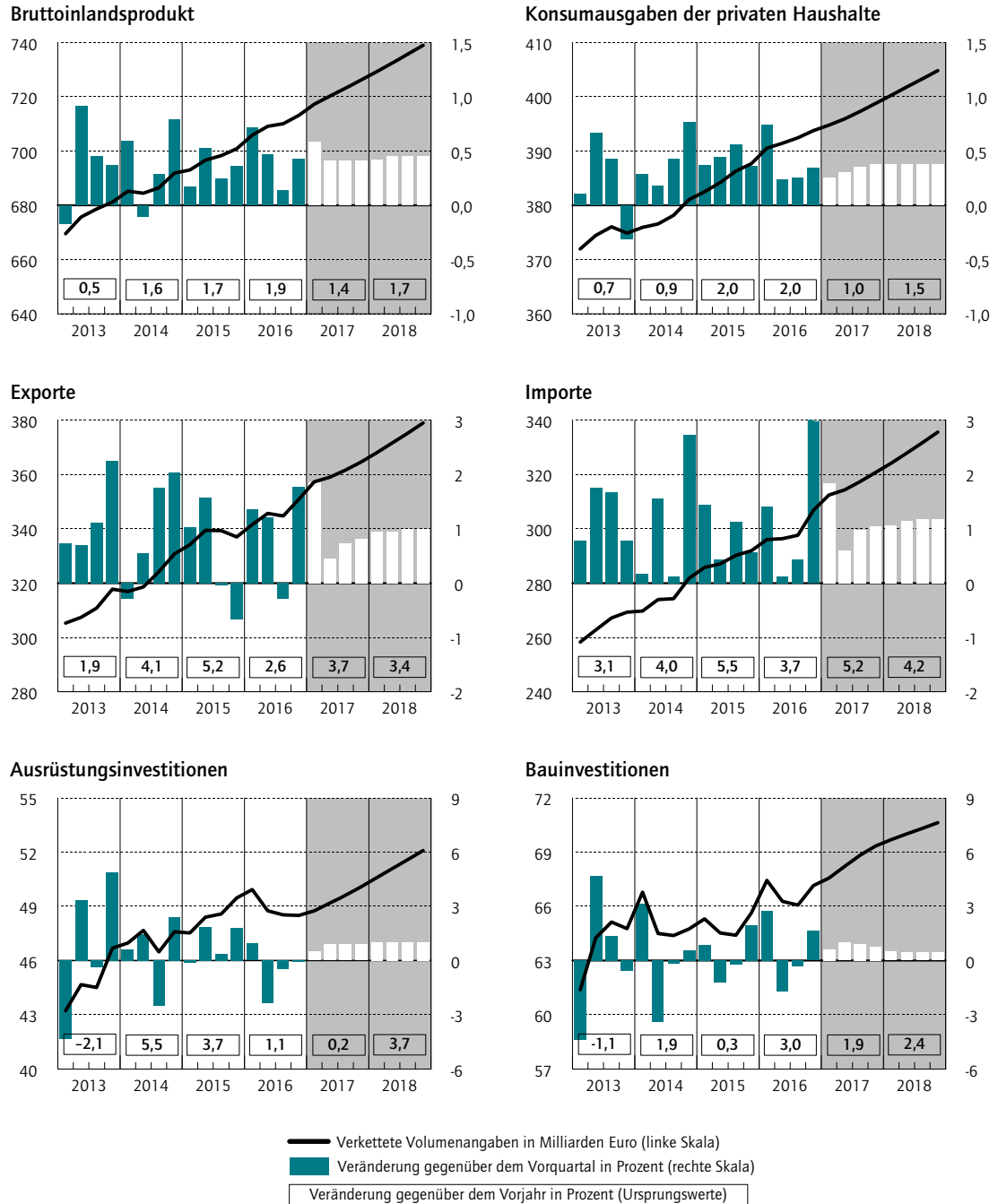
Die deutsche Wirtschaft folgt weiter einem moderaten Aufwärtstrend. In diesem Jahr dürfte die Wachstumsrate bei 1,4 Prozent liegen, im kommenden Jahr bei 1,7 Prozent (Tabelle 1). Damit korrigiert das DIW Berlin seine Vorausschätzung im Vergleich zu der im Dezember 2016 veröffentlichten Prognose für dieses Jahr nach oben; im Winter waren noch 1,2 Prozent erwartet worden. Wesentliche Ursache für diese Korrektur ist, dass sich die Arbeitsmarktsituation in Deutschland auf Basis einer berichtigten Datenlage günstiger darstellt als noch im Dezember (Kasten 1). Zudem legte die deutsche Wirtschaft nach einer eher gedämpften Entwicklung im Sommerhalbjahr zum Jahresende 2016 wieder eine spürbar höhere Gangart ein (Tabelle 2), und auch für das Auftaktquartal des laufenden Jahres weisen die vorliegenden Indikatoren auf eine kräftige Entwicklung hin. Die deutsche Wirtschaft startet daher mit mehr Tempo ins Jahr 2017 als noch im Dezember unterstellt.

Im weiteren Verlauf dürfte die Wirtschaft dann aber etwas an Schwung verlieren (Abbildung 1), denn Einflüsse, die bisher die Konjunktur angekurbelt haben, verlieren mehr und mehr an Bedeutung. Hierzu gehören insbesondere die Zuwanderung von Geflüchteten sowie die niedrigen Energiepreise. Beides hat in früheren Jahren den Konsum angeregt, im Verlauf des vergangenen Jahres aber an Relevanz verloren. Die Lohnentwicklung ist moderat: Zwar bleiben die Beschäftigungszuwächse kräftig und die Arbeitslosigkeit geht weiter deutlich zurück – die Quote dürfte in diesem Jahr bei 5,7 Prozent und im kommenden bei 5,3 Prozent liegen. Zudem dürfte die zunehmende Knappheit von Arbeitskräften allmählich zu höheren Lohnabschlüssen führen. Allerdings tragen die starke Zuwanderung, vor allem aus der Europäischen Union (EU), und die zunehmende Erwerbsbeteiligung von Älteren dazu bei, dass im Prognosezeitraum keine kräftigen Anstiege bei den Löhnen zu erwarten sind.

In auffälligem Kontrast zu der günstigen Beschäftigungsentwicklung steht die weiterhin schwache Investitionstätigkeit der Unternehmen. Offenbar sind diese angesichts

Abbildung 1

Bruttoinlandsprodukt und wichtige Komponenten
Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin, Prognose ab dem ersten Quartal 2017.

© DIW Berlin 2017

der absehbaren Knappheit am Arbeitsmarkt weiterhin bereit, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu beschäftigen, während sie bei Ausgaben für Investitionen zurückhal-

tend bleiben. Dies dürfte vor allem an der hohen wirtschaftspolitischen Unsicherheit liegen, wie sie etwa von der Trump-Regierung in den USA, der Brexit-Entschei-

Tabelle 1

Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in Deutschland

	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Reales Bruttoinlandsprodukt ¹ (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent)	0,5	1,6	1,7	1,9	1,4	1,7
Erwerbstätige im Inland (1 000 Personen)	42 328	42 662	43 057	43 593	44 191	44 633
Erwerbslose, ILO	2 182	2 092	1 949	1 776	1 593	1 486
Arbeitslose, BA	2 950	2 898	2 795	2 691	2 518	2 368
Erwerbslosenquote, ILO ²	5,2	5,0	4,6	4,1	3,6	3,4
Arbeitslosenquote, BA ²	6,9	6,7	6,4	6,1	5,7	5,3
Verbraucherpreise ³	1,5	0,9	0,2	0,5	1,8	1,4
Lohnstückkosten ⁴	1,8	1,7	1,5	1,4	2,4	1,7
Finanzierungssaldo des Staates ⁵						
In Milliarden Euro	-5,4	8,6	20,9	23,7	14,3	8,6
In Prozent des BIP	-0,2	0,3	0,7	0,8	0,4	0,3
Leistungsbilanzsaldo in Prozent des BIP	6,7	7,5	8,6	8,3	7,8	7,5

1 In Preisen des Vorjahres.

2 Bezogen auf die inländischen Erwerbspersonen insgesamt (ILO) bzw. zivilen Erwerbspersonen (BA).

3 Verbraucherpreisindex.

4 Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in Preisen des Vorjahres je Erwerbstätigenstunde.

5 In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG).

Quellen: Angaben nationaler und internationaler Institutionen; Berechnungen des DIW Berlin; 2017 und 2018: Prognose des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2017

Tabelle 2

Quartalsdaten zur Entwicklung der Verwendungskomponenten des realen Bruttoinlandsprodukts

Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent; saison- und kalenderbereinigt

	2016				2017				2018			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Privater Verbrauch	0,7	0,2	0,2	0,3	0,3	0,3	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
Öffentliche Konsumausgaben	1,3	0,9	0,2	0,8	0,7	0,6	0,5	0,5	0,6	0,6	0,6	0,6
Bruttoanlageinvestitionen	1,8	-1,5	-0,2	0,8	0,6	0,9	0,9	0,8	0,7	0,6	0,7	0,7
Ausrüstungen	0,9	-2,3	-0,5	-0,1	0,5	0,9	0,9	0,9	1,0	1,0	1,0	1,0
Bauten	2,7	-1,7	-0,3	1,6	0,6	1,0	0,9	0,7	0,5	0,4	0,4	0,4
Sonstige Investitionen	0,9	0,7	0,6	0,3	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6
Lagerveränderung ¹	-0,4	-0,1	0,3	0,3	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Inländische Verwendung	0,7	-0,1	0,5	0,9	0,5	0,5	0,5	0,5	0,4	0,5	0,5	0,5
Außenbeitrag ¹	0,1	0,5	-0,3	-0,4	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Export	1,4	1,2	-0,3	1,8	1,9	0,5	0,7	0,8	0,9	1,0	1,0	1,0
Import	1,4	0,1	0,4	3,1	1,8	0,6	1,0	1,1	1,1	1,1	1,2	1,2
Bruttoinlandsprodukt	0,7	0,5	0,1	0,4	0,6	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4

1 Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin, Prognose ab ersten Quartal 2017.

© DIW Berlin 2017

derung im Vereinigten Königreich oder den anstehenden Wahlen in wichtigen europäischen Ländern ausgeht. Die damit verbundene eingeschränkte Planbarkeit für die Unternehmen führt dazu, dass diese vor größeren und längerfristig bindenden Ausgaben zurückschrecken und die ohnehin strukturell niedrige Investitionstätigkeit weiter gedämpft wird. Stattdessen fließt ein großer Teil der Überschüsse der Unternehmen ins Aus-

land ab; auch dies schlägt sich in dem exzessiv hohen Leistungsbilanzsaldo nieder, der in diesem Jahr zwar – auch aufgrund der steigenden Importkosten – auf unter acht Prozent etwas nachgibt. Er wird damit aber weiter deutlich über der Vorgabe der Europäischen Union von sechs Prozent liegen.

Kasten 1

Zur Revision der Erwerbstätigenzahlen

Die Bundesagentur für Arbeit hat am 1. März 2017 die Statistik der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung für das zweite Halbjahr 2016 aufgrund eines Datenverarbeitungsfehlers erheblich korrigiert.¹ Am 7. März hat das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) eine an diese Korrektur angepasste Arbeitszeitrechnung vorgelegt.² Die eine Woche zuvor veröffentlichten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR), die Basis dieser Konjunkturprognose darstellen, beruht damit auf einer Erwerbstätigenstatistik, die stark verzerrt ist. Eine Korrektur der VGR-Daten ist erst für die nächste reguläre Veröffentlichung am 23. Mai 2017 zu erwarten.

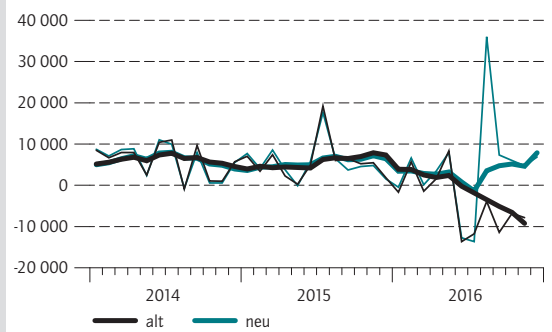
Die berichtigte Datenbasis hat nicht nur zur Folge, dass die bisherige Einschätzung der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt grundlegend korrigiert werden muss: So war etwa die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe nicht seit Mitte des vergangenen Jahres rückläufig, sondern legte zuletzt sogar beschleunigt zu (Abbildung 1).³ Auch andere Größen aus den VGR dürften zum nächsten Veröffentlichungstermin grundlegend korrigiert werden. Dies betrifft neben Beschäftigtenzahlen oder dem Arbeitsvolumen vor allem auch die Entwicklung der Lohn- und Gehälter. Dies ist umso gravierender, als die zurzeit geltende Datengrundlage nicht nur die Basis der Institutsprognosen und der Gemeinschaftsdiagnose im Frühjahr, sondern auch die der Regierungsprognose ist, die wiederum die Basis für die amtliche Steuerschätzung sein wird. Diese ist wiederum die Grundlage für die Aufstellung der Haushaltspläne. Die Entwicklung der Bruttolöhne und -gehälter pro Kopf wird zudem für erste Berechnungen zur Rentenanpassung herangezogen, die bereits im Sommer erfolgt.

1 Vgl. Bundesagentur für Arbeit (2017): Grundlagen: Hintergrundinfo – Beschäftigungsstatistik: Korrektur vorläufiger Werte für das 2. Halbjahr 2016. Nürnberg, März 2017.
2 Vgl. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (2017): Höhere Erwerbstätigenzahl ließ Arbeitsvolumen 2016 um 500 Millionen Stunden steigen. Presseinformation vom 7. März 2017 (online verfügbar).
3 Vgl. Bundesagentur für Arbeit (2017): Statistik: Tabellen, Saisonbereinigte Zeitreihen. Nürnberg, März 2017.

Etwas angeregt werden dürfte die Investitionstätigkeit indes vom Außenhandel, der im Prognosezeitraum recht robust bleibt: Vor allem in den entwickelten Volkswirtschaften dürfte die Konjunktur weiter recht kräftig sein. Zwar führen die nicht mehr rückläufigen Energiepreise vielerorts zu höherer Inflation, die die Kaufkraft der Haushalte dämpft. Die derzeit hohen Inflationsraten dürften jedoch in wenigen Monaten etwas abklingen, denn der Anstieg der Energiepreise ist bereits zum Stillstand gekommen (Kasten 2).

Abbildung

Vergleich der Zahlen zur sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung im verarbeitenden Gewerbe vor und nach der Korrektur
 Änderung im Vergleich zum Vormonat (dünne Linien) bzw. 6-Monats-Durchschnitt (dicke Linien)



Quelle: Statistisches Bundesamt.

© DIW Berlin 2017

Anders als zunächst ausgewiesen kehrt sich der Beschäftigungsaufbau nicht Mitte 2016 um.

Um zukünftige aus dieser Datenberichtigung resultierende Korrekturen an der Prognose so gering wie möglich zu halten und den aktuellen Informationsstand der Erwerbstätigen- und Arbeitszeitrechnung zu berücksichtigen, hat das DIW Berlin beschlossen, seine Prognose auf eine für das Jahr 2016 korrigierte VGR zu basieren. Im Folgenden werden die hierbei getroffenen Annahmen dargestellt und relevante Implikationen aufgezeigt.

Ein Vergleich der Erwerbstätigenzahlen vor und nach der Revision zeigt noch einmal die erhebliche, quantitative Bedeutung

Die zuletzt hohen Überschüsse der öffentlichen Haushalte bilden sich deutlich zurück – zum einen weil die Steuereinnahmen schwächer zulegen, zum anderen weil die Ausgaben weiter dynamisch expandieren. In struktureller, also um konjunkturelle Einflüsse bereinigter Betrachtung, schreibt der öffentliche Gesamthaushalt im kommenden Jahr sogar eine rote Null, denn die Wirtschaft wird – wie bereits im vergangenen Jahr – leicht überausgelastet sein. Diese geringfügige Überauslastung bildet sich im späteren Verlauf zurück.

der Korrektur (Tabelle 1): Anders als bislang ausgewiesen, betrug die (saisonbereinigte) Zahl der Erwerbstätigen im Durchschnitt des Schlussquartals 2016 nicht 43,5 Millionen, sondern lag mit 43,8 Millionen um rund 300.000 höher. Dies wirkt sich auf den jahresdurchschnittlichen Zuwachs im Jahr 2016 aus: Dieser lag nach aktuellen Informationen bei 536.000 beziehungsweise 1,2 Prozent (anstelle von 419.000 beziehungsweise 1,0 Prozent).

Laut Presseinformation des IAB⁴ vom 7. März 2017 wird die je Erwerbstätigen beziehungsweise je ArbeitnehmerIn geleistete Arbeitszeit im Vergleich zur Fachserie 18, Reihe 1.2 des Statistischen Bundesamts (Stand 23. Februar 2017) nahezu unverän-

dert belassen. Die Korrektur der Erwerbstätigen führt damit fast ausschließlich zu einem entsprechend höheren Arbeitsvolumen.

Unterstellt wird für die Anpassung der Daten für die zweite Jahreshälfte 2016, dass die Effektivverdienste je ArbeitnehmerIn von der Korrektur nicht betroffen sind. Damit schlägt sich die höhere Zahl an Erwerbstätigen vollständig in einer höheren Bruttolohnsumme (BLG) nieder: Diese dürfte damit im vergangenen Jahr um rund vier Milliarden Euro höher ausgefallen sein als bislang amtlich ausgewiesen. Weiterhin wird unterstellt, dass das nominale Bruttoinlandsprodukt von der Korrektur unberührt bleibt. Die höhere Lohnsumme führt entsprechend zu niedrigeren Unternehmens- und Vermögenseinkommen. Es wird unterstellt, dass davon die Hälfte zulasten der privaten Haushalte geht. Daraus ergibt sich ein um 1,7 Mrd höheres verfügbares Einkommen.

⁴ Vgl. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (2017), a. a. O.

Tabelle

Vergleich der Erwerbstätigenzahlen zum aktuellen Informationsstand mit denen in Fachserie 18 Reihe 1.3 (Stand: 23. Februar)

	Amtliche Daten				DIW-Prognose				Amtlich	Prognose	
	2016				2017				2016	2017	
	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal			
Aktuell	Erwerbstätige	43 400	43 507	43 635	43 828	44 001	44 130	44 256	44 374	43 593	44 190
	Änderung in Tausend gegenüber Vorperiode	145,667	108	128	193	173	129	126	118	536	598
	Änderung in Prozent gegenüber Vorperiode	0,3	0,2	0,3	0,4	0,4	0,3	0,3	0,3	1,2	1,4
vor Revision	Erwerbstätige	43 404	43 486	43 481	43 531	43 704	43 833	43 959	44 077	43 476	43 893
	Änderung in Tausend gegenüber Vorperiode	142	82	-5	50	173	129	126	118	419	418
	Änderung in Prozent gegenüber Vorperiode	0,3	0,2	-0,0	0,1	0,4	0,3	0,3	0,3	1,0	1,0
	Aktuelles Niveau abzüglich Vor-Revisions-Stand	-4	21	154	297	297	297	297	297	117	297

Quelle: Statistisches Bundesamt, Prognose des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2017

Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland unterliegt dabei erheblichen Risiken, die vor allem vom außenwirtschaftlichen Umfeld ausgehen. Die politischen Entwicklungen im vergangenen Jahr weisen darauf hin, dass internationale Zusammenarbeit und wirtschaftliche Integration zunehmend in Frage gestellt werden. Auch bei den anstehenden Wahlen in wichtigen europäischen Ländern könnten integrationskritische Parteien erheblichen Zulauf erhalten. Sollten aus dieser Tendenz protektionistische oder die wirtschaftliche Zusammenarbeit beeinträchtigende Maßnahmen folgen, so wird dies zu

vermindertem Wachstum der exportorientierten deutschen Wirtschaft führen.

Daneben bleibt die europäische Wirtschaft fragil: Weiterhin bestehen große Probleme im Bankensektor und den öffentlichen Finanzen in einigen Ländern, vielerorts ist die Arbeitslosigkeit anhaltend hoch und die finanzielle Situation der privaten Haushalte angespannt. All diese Probleme verstärken sich gegenseitig und könnten die konjunkturelle Entwicklung in Europa stärker beeinträchtigen als in der hier vorgelegten Prognose unter-

Kasten 2

Annahmen

Die vorliegende Prognose stützt sich auf folgende Annahmen (Tabelle 1). Die EZB-Geldpolitik ist weiterhin expansiv ausgerichtet; für den Prognosezeitraum werden keine Zinsschritte unterstellt. Die Renditen zehnjähriger deutscher Staatsanleihen liegen im Jahresdurchschnitt 2017 und 2018 bei 0,3 Prozent. Bilaterale nominale Wechselkurse werden gemäß der üblichen Konvention über den Prognosezeitraum als konstant angenommen; dabei werden die durchschnittlichen Wechselkurse der vergangenen 30 Tage zugrunde gelegt. Für den Wechselkurs zwischen Euro und US-Dollar ergibt sich so ein Jahresdurchschnitt von 1,09 US-Dollar je Euro für dieses und nächstes Jahr. Der Stichtag, der diesen Annahmen zugrunde liegt, ist der 21. Februar 2017. Für die Ölpreisentwicklung werden die Futures auf Brent-Öl herangezogen, die ab dem kommenden Monat zunächst in etwa stagnierende Preise und ab Herbst einen moderaten Rückgang anzeigen. Im jahresdurchschnittlichen Vergleich liegen die Ölpreise gemäß dieser Annahme im Jahr 2017 – aufgrund der vorangegangenen Anstiege – um ein Viertel höher als im Jahr 2016; im Durchschnitt des kommenden Jahres stagnieren sie. Die Tariflöhne auf Stundenbasis legen im laufenden Jahr um 2,0 Prozent zu, im nächsten um 2,4 Prozent.

Die Finanzpolitik ist im Prognosezeitraum weiterhin expansiv ausgerichtet (Tabelle 2). Zwar können im laufenden Jahr letztmalig Steuererstattungen bei der Ausschüttung von Altkapital geltend gemacht werden. Aber Grund- und Kinderfreibetrag sowie Kindergeld werden in beiden Jahren erhöht. Zudem hat der Bund – für die gesamte laufende Legislaturperiode – zusätzliche Mittel für Investitionen bereitgestellt. Für finanzschwache Kommunen ist ein Sondervermögen zur Förderung von Investitionen gebildet worden. Dieses wurde im vergangenen Jahr aufgestockt; das zusätzliche Geld soll in die Schulinfrastruktur finanzschwacher Gemeinden fließen. Ferner sind zusätzliche Ausgaben zur Förderung des sozialen Wohnens (Förderung des sozialen Wohnungsbaus, Wohnungsbauprogramm zugunsten sozialer Brennpunkte, zusätzliche Bundesmittel für den Bereich „soziale Stadt“) beschlossen worden. Auch werden Mittel zum Ausbau des Breitbandnetzes bereitgestellt und für die Bereiche der Inneren und Äußeren Sicherheit sind deutliche Mehrausgaben beschlossen.

Bei den Sozialversicherungen dürften sich expansive und kontraktive Impulse der beschlossenen Maßnahmen nahezu ausgleichen. So wurde der Beitragssatz zur sozialen Pflegeversicherung zu Beginn dieses Jahres angehoben und es ist angenommen, dass die Kassenlage der gesetzlichen Krankenkassen dazu führen wird, dass der durchschnittliche Zusatzbeitrag zu Beginn kommenden Jahres um 0,1 Prozentpunkt steigen wird. Außerdem dürfte das Krankenhausstrukturgesetz mit Einsparungen verbunden sein. Andererseits sind zu Beginn des laufenden Jahres die Leistungen der sozialen Pflegeversicherung ausgeweitet worden und ab dem Jahr 2018 sollen die Ostrenten schrittweise an das Niveau der Westrenten angeglichen werden.

In Relation zur nominalen Wirtschaftsleistung dürfte der finanzpolitische Impuls der diskretionären Maßnahmen im laufenden Jahr bei 0,3 Prozent und im kommenden Jahr bei 0,4 Prozent liegen.

Tabelle 1

Annahmen dieser Prognose

		2016	2017	2018
EZB-Leitzins	Prozent	0,0	0,0	0,0
Geldmarktzins	EURIBOR-Dreimonatsgeld in Prozent	-0,3	-0,3	-0,2
Kapitalmarktzins	Rendite für Staatsanleihen im Euroraum mit 10-jähriger Restlaufzeit	0,1	0,4	0,7
Kapitalmarktzins	Rendite für Staatsanleihen in Deutschland mit 10-jähriger Restlaufzeit	0,1	0,3	0,3
Wechselkurs	US-Dollar/Euro	1,11	1,09	1,09
Tarifliche Stundenlöhne	Änderung gegenüber Vorjahr	2,1	2,0	2,4
Erdölpreis	US-Dollar/Barrel	45,1	56,9	56,1
Erdölpreis	Euro/Barrel	40,7	52,4	51,5

© DIW Berlin 2017

stellt; dies gilt auch und gerade, falls der Ausgang der anstehenden Wahlen für Spannungen an den Finanzmärkten sorgt, die Unruhe im Bankensystem, bei den öffentlichen Finanzen und in der Realwirtschaft nach sich ziehen. Auch die deutsche Wirtschaft dürfte von einer dann folgenden konjunkturellen Eintrübung im Euroraum beeinträchtigt werden.

Inflation im Zwischenhoch

Die Inflation dürfte in diesem Jahr auf knapp 1,8 Prozent hochschnellen, im kommenden Jahr aber wieder etwas nachlassen und dann bei 1,4 Prozent liegen.

Der Auftrieb bei den Verbraucherpreisen hat in den beiden vergangenen Monaten kräftig angezogen. Hier spielen sich insbesondere die – im Zuge der von der OPEC Ende November beschlossenen Förderkürzungen – deutlich gestiegenen Rohölpreise, aber auch die durch Ern-

Tabelle 2

Finanzpolitische Maßnahmen¹

Haushaltentlastungen (+) und Haushaltsbelastungen (–) in Milliarden Euro gegenüber 2016

	2017	2018
Alterseinkünftegesetz	-1,3	-2,6
Erhöhung des Kindergeldes, des Grundfreibetrags und des Kinderfreibetrags in den Jahren 2017 und 2018	-2,1	-5,4
Altkapitalerstattungen ²		2,3
Wegfall der Kernbrennstoffsteuer	-0,4	-0,4
Sonstige steuerliche Maßnahmen ³	-0,2	-0,1
Steuerliche Mindereinnahmen aufgrund des Gesetzes zur Stärkung der betrieblichen Altersversorgung und zur Änderung anderer Gesetze	-0,0	-0,3
Zusätzliche Mittel für investive Beschaffungen ⁴	0,6	0,6
Zusätzliche Finanzmittel für die Deutsche Bahn AG ⁵	-0,9	-0,9
Förderung des Breitbandausbaus	-0,2	0,3
Förderung des sozialen Wohnens ⁶	-0,4	-0,4
Mehrausgaben aufgrund des Gesetzes zur Stärkung der betrieblichen Altersversorgung und zur Änderung anderer Gesetze		-0,0
Prämie beim Kauf von Elektro- und Hybridfahrzeugen durch den Bund	-0,2	-0,2
Mehrausgaben bei der Inneren und Äußerer Sicherheit	-2,7	-3,1
Zusätzliche Sozialleistungen ⁷	0,1	0,5
Senkung der Insolvenzgeldumlage zum 01.01.2017 um 0,06 Prozentpunkte	-0,8	-0,8
Schrittweise Rentenangleichung der Ost- an die Westrenten		-0,3
Erhöhung des Beitragssatzes zur Pflegeversicherung zum 01.01.2017 um 0,2 Prozentpunkte	2,6	2,7
2. Pflegeverstärkungsgesetz	-4,8	-4,8
Erhöhung des durchschnittlichen Zusatzbeitrags zur Gesetzlichen Krankenversicherung zum 01.01.2018 um 0,1 Prozentpunkte		1,1
Krankenhausstrukturgesetz	-0,3	-0,4
Sonstige Maßnahmen bei den Sozialversicherungen ⁸	0,6	0,6
Gesetz zur Stärkung der Arzneimittelversorgung in der gesetzlichen Krankenversicherung		-1,5
Honorarerhöhung bei niedergelassenen Ärzten	-0,7	-1,5
Insgesamt	-11,0	-14,7
In Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt in Prozent	0,4	0,5

1 Ohne makroökonomische Rückwirkungen, ohne Maßnahmen im Zusammenhang mit der Banken- und EU-Schuldenkrise.

2 Nach dem Übergang vom Anrechnungs- zum Teileinkünfteverfahren bestand für einen Zeitraum von zehn Jahren die Möglichkeit bei der Ausschüttung von Altkapital Steuerrückerstattungen geltend zu machen. Dieser Zeitraum endet Ende 2017.

3 Abschaffung der Eigenheimzulage, Amtshilferichtlinie-Umsetzungsgesetz, Erhöhung des Grundfreibetrags 2013, steuerliche Förderung der Elektromobilität, Jahressteuergesetz 2015; Gesetz zur Änderung des Einkommensteuergesetzes zur Erhöhung des Lohnsteuerbeibehalts in der Seeschifffahrt, Investmentsteuerreformgesetz, Gesetz zum Abkommen vom 28. März zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik China zur Vermeidung von Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerverkürzung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und Vermögen vom 22. Dezember 2015; BMF-Schreiben vom 28. September 2016 zur Umsatzsteuerbefreiung bei der Abgabe von Zytostatika, Zweites Gesetz zur Änderung des Energiesteuer- und Stromsteuergesetzes.

4 Zusätzliche Verkehrsinfrastrukturausgaben des Bundes, zusätzliche investive Ausgaben finanzschwacher Kommunen mittels Förderung durch Bundessondervermögen, Aufstockung der Kita-Ausgaben sowie der Mittel für die außeruniversitäre Forschung aufgrund des Koalitionsvertrages; Maßnahmen gemäß Finanzplanung 2017.

5 Verringerung der Bahndividende und Aufstockung des Eigenkapitals der Deutschen Bahn.

6 Förderung des sozialen Wohnungsbaus, Wohnungsbauprogramm zugunsten sozialer Brennpunkte, zusätzliche Bundesmittel für den Bereich "soziale Stadt".

7 Erhöhung der BAFöG-Leistungen, Änderungen beim Wohngeld, Unterhaltsvorschußgesetz, Mehrausgaben in Zusammenhang mit Eingliederungsmaßnahmen u.a., Integrationsgesetz.

8 Gesetz zur Stärkung der Gesundheitsförderung und der Prävention, GKV-Versorgungsstärkungsgesetz, Hospiz- und Palliativgesetz.

Quellen: BMF; Berechnungen und Schätzungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2017

teausfälle in Südeuropa bedingten Preisschübe bei Nahrungsmitteln wider.

Die Kernrate, die Teuerung ohne Berücksichtigung von Energie und Nahrungsmitteln, entwickelte sich jedoch bis zuletzt verhalten und dürfte auch zunächst kaum steigen. Dies liegt daran, dass die Unternehmen in den vergangenen Jahren merklich durch die gesunkenen Energiekosten entlastet wurden, und sich dies – mit erheblicher Verzögerung – in einer niedrigen Teuerung der Endprodukte widerspiegelt. Im weiteren Verlauf wird

aber auch die Kernrate wohl etwas stärker zulegen: So sind die Erzeugerpreise seit dem Herbst beschleunigt gestiegen, und diese Anstiege dürften die Unternehmen im Umfeld der kräftigen Konsumnachfrage allmählich an die Verbraucherinnen und Verbraucher weiterreichen. Die Kerninflation wird nach 1,3 Prozent in diesem Jahr auf anderthalb Prozent im kommenden Jahr klettern.

Die Energiepreise werden in diesem Jahr erstmals seit 2013 höher liegen als im Vorjahr – mit etwa viereinhalb Prozent sogar deutlich. Annahmegemäß geben die

Tabelle 3

Arbeitsmarktbilanz

In Millionen Personen

	2014	2015	2016	2017	2018
Erwerbstätige im Inland	42,66	43,06	43,59	44,19	44,63
Selbstständige und mithelf. Familienangehörige	4,40	4,34	4,30	4,28	4,27
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ¹	30,22	30,86	31,51	32,16	32,61
Beamte, Richter, Zeit- und Berufssoldaten	1,90	1,91	1,92	1,93	1,94
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte (Minijobber)	5,03	4,85	4,81	4,77	4,76
Sonstige	1,11	1,10	1,05	1,05	1,05
+/- Pendler, Beschäftigte in staatlichen Einrichtungen des Auslandes bzw. im Ausland etc.	-0,06	-0,08	-0,08	-0,08	-0,08
Erwerbstätige Inländer	42,60	42,98	43,51	44,11	44,55
Erwerbslose	2,09	1,95	1,78	1,59	1,49
Erwerbspersonen	44,69	44,93	45,29	45,70	46,04
<i>Nachrichtlich:</i>					
Arbeitslose	2,90	2,79	2,69	2,52	2,37
Arbeitslosenquote BA ¹ – in Prozent	6,7	6,4	6,1	5,7	5,3
Arbeitslosenquote SGB ² – in Prozent	8,8	8,3	7,9	7,3	6,8
Erwerbslosenquote VGR ³ – in Prozent	4,7	4,3	3,9	3,5	3,2
Erwerbslosenquote ILO-Statistik – in Prozent	5,0	4,6	4,1	3,6	3,4
Erwerbstätige am Wohnort nach ILO	39,74	40,06	41,25	42,12	42,54

1 Registrierte Arbeitslose bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen.

2 Registrierte Arbeitslose bezogen auf die Summe von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und registrierten Arbeitslosen.

3 Erwerbslose bezogen auf die Summe der Erwerbstätigen nach VGR und der Erwerbslosen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen und Schätzungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2017

Ölpreise jedoch im späteren Verlauf etwas nach. Deswegen dürften die Energiepreise in jahresdurchschnittlicher Betrachtung im Jahr 2018 in etwa ihr Niveau von diesem Jahr halten; damit dämpfen sie dann die Teuerungsrate. Unterstellt wird zudem, dass die Nahrungsmittelpreise von dem zuletzt stark erhöhten Niveau aus etwas nachgeben und ihr Anstieg im weiteren Verlauf in etwa der Kernrate entspricht.

Kräftiger Beschäftigungsaufbau hält an

Der starke Beschäftigungsaufbau hat sich nach Angaben der amtlichen Erwerbstätigenrechnung bis zuletzt fortgesetzt (Kasten 1). Dabei nahm die Zahl der Arbeitslosen weiter ab – aber nicht so stark, wie die Beschäftigung zulegte. Zum kleineren Teil hängt das damit zusammen, dass die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen (insbesondere zur Eingliederung anerkannter Flüchtlinge) ausgeweitet wurden – wenngleich zuletzt mit nachlassendem Tempo. Vor allem aber schlug zu Buche, dass die Zahl der Erwerbspersonen – also jener, die eine Beschäftigung haben oder eine suchen – stieg. Bemerkbar machten sich anhaltende Wanderungsgewinne. Dabei wurden die Zuwanderungen von Arbeitskräften aus der

EU etwas schwächer,¹ dafür erhielten mehr und mehr Asylsuchende nach Abschluss ihrer Anerkennungsverfahren einen Aufenthaltstitel und somit eine Arbeitserlaubnis. Überdies hat auch das heimische Erwerbspersonenpotential zugenommen. Zwar geht die inländische Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zurück; dies wurde aber durch eine im Verlauf des vergangenen Jahres stark gestiegene Erwerbsbeteiligung etwas mehr als ausgeglichen.

Der starke Beschäftigungsaufbau wurde weiterhin durch die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung getragen. Die Zahl derjenigen Personen, die ausschließlich einen Mini-Job ausüben, ist dagegen weiter gesunken; der Rückgang kam zum Ende des vergangenen Jahres fast zum Stillstand. Bei den Selbständigen setzte sich der Abbau fort, ebenfalls mit gebremstem Tempo.

In den Sektoren expandierte die Beschäftigung auf breiter Front. Dabei hat sie bei den Dienstleistungen noch stärker als im produzierenden Gewerbe zugelegt. Im Dienstleistungssektor waren die Zuwächse besonders stark im Bereich Information und Kommunikation, bei den freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Diensten sowie bei den sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen. Überdies hat sich der seit Jahrzehnten anhaltende kräftige Aufschwung im Bereich Soziales fortgesetzt, der zuletzt infolge der Asylwanderungen noch verstärkt wurde. Im produzierenden Gewerbe konnte besonders die Beschäftigung in der Bauwirtschaft expandieren, während das verarbeitende Gewerbe das Personal zögerlicher aufgestockt hat. In beiden Bereichen dürfte zudem vermehrt auf Leiharbeit zurückgegriffen worden sein, denn bei den Leiharbeitsunternehmen nahm die Zahl der Beschäftigten weit überdurchschnittlich zu. Bei den Banken und Versicherungen hielt der strukturbedingte Beschäftigungsabbau an.

Im Prognosezeitraum zieht die Zahl der Erwerbstätigen im Zuge des Produktionsaufschwungs weiter kräftig an (Abbildung 2). Das Tempo vermindert sich nur wenig. Die Produktivität nimmt weiter zu, zugleich wird vermehrt Teilzeit gearbeitet. Der Beschäftigungsaufbau wird wiederum von den sozialversicherungspflichtigen Tätigkeiten getragen (Tabelle 3). Bei den Mini-Jobs dürfte sich der Abwärtstrend indes fortsetzen. Weiterhin macht sich bemerkbar, dass diese Beschäftigungsform durch den gesetzlichen Mindestlohn an Attraktivität verloren hat. Da er zu Jahresbeginn angehoben wurde, kommen die Mini-Jobs zusätzlich unter Druck. Die Zahl der Selbst-

¹ Das lässt sich am deutlichen Anstieg der Zahl der Beschäftigten mit den entsprechenden Nationalitäten ablesen. Vgl. Bundesagentur für Arbeit (2017): Statistik: Hintergrundinformation. Auswirkungen der Migration auf den deutschen Arbeitsmarkt, Nürnberg, Februar 2017.

Kasten 3

Preisliche Wettbewerbsfähigkeit

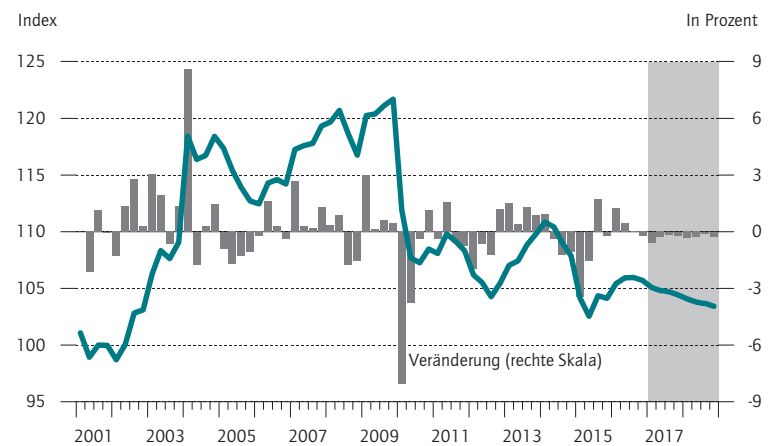
Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit gibt Aufschluss über die Preisposition einer Volkswirtschaft gegenüber dem Ausland und stellt somit einen wichtigen Bestimmungsfaktor für die ausländische Nachfrage nach Exportgütern dar. Dabei führt annahmegermäßig eine Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit zu einer Zunahme der ausländischen Nachfrage. Als ein Indikator für die preisliche Wettbewerbsfähigkeit gilt der reale effektive Wechselkurs auf Basis von Verbraucherpreisindizes,¹ da dieser sowohl den nominalen Wechselkurs als auch das Preisverhältnis des In- und Auslands für ein breites Spektrum an Waren und Dienstleistungen erfasst. Eine Aufwertung des nominalen effektiven Wechselkurses hat dabei einen Wettbewerbsverlust zur Folge, da sich inländische Produkte für ausländische Nachfrager verteuern. Hingegen führt ein geringerer Preisauftrieb im Inland als im Ausland zu einer Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit.

Das DIW Berlin berechnet den Indikator der preislichen Wettbewerbsfähigkeit für Deutschland gegenüber den 19 wichtigsten Handelspartnern² gemessen an den Anteilen der Gesamtausfuhren. Zunächst werden die jeweiligen nominalen bilateralen Wechselkurse mit den relativen Verbraucherpreisindizes deflationiert. Für den Prognosezeitraum werden die bilateralen Wechselkurse dabei konstant gehalten; für die Verbraucherpreisindizes werden die im Bericht zur weltwirtschaftlichen Entwicklung³ (dort: Tabelle 1) prognostizierten Werte zugrunde gelegt. Danach wird aus den realen bilateralen Wechselkursen ein gewichtetes geometrisches Mittel gebildet, um der unterschiedlichen Bedeutung der Handelspartner Rechnung zu tragen.⁴ Zur Gewichtung greift das DIW Berlin auf die von der Europäischen Zentralbank veröffentlichten Handelsgewichte zurück: Diese spiegeln nicht nur die Bedeutung eines Handelspartners gemessen an den Anteilen der im- und exportierten Güter und Dienstleistungen wider. Darüber hinaus berücksichtigen sie den Offenheitsgrad des Absatzmarktes (Konkurrenz mit inländischen

1 In der praktischen Anwendung überwiegen die Vorteile des Indikators auf Basis der Verbraucherpreise – insbesondere die zeitnahe Verfügbarkeit der Basisdaten – die Nachteile. Einen Überblick über verschiedene Preismaße leistet beispielsweise: Deutsche Bundesbank (2016): Der Einfluss alternativer Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit auf den realen Güterexport. Monatsbericht Januar 2016, 13–32.
2 Dies entspricht der Ländergruppe, auf die sich auch die DIW-Berechnung zur Auslandsnachfrage stützt.
3 Vgl. dazu in dieser Wochenberichtsausgabe Ferdinand Fichtner et al. (2017): Weltkonjunktur hellt sich weiter auf, Risiken bleiben hoch. DIW Wochenbericht 11, 177–184.
4 Zur Berechnung von effektiven Wechselkursen: Schmitz et al. (2013): Revisiting the effective exchange rates of the euro. Journal of Economic and Social Measurement, 38 (2), 127–158.

Abbildung

Preisliche Wettbewerbsfähigkeit¹
Gegenüber 19 Handelspartnern auf Grundlage des VPI



¹ Unter annahmegermäßig konstantem nominalen Wechselkurs im Prognosezeitraum.
 Quellen: EZB; Deutsche Bundesbank; Bloomberg; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2017

Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit dürfte sich im Prognosezeitraum leicht verbessern.

Produzenten) sowie den Exportanteil des Handelspartners in Drittländern (Konkurrenz auf Drittmarkten).

Der Verlauf der preislichen Wettbewerbsfähigkeit ist stark von Wechselkursentwicklungen geprägt: Im vergangenen Jahrzehnt verschlechterte sich die Wettbewerbsposition Deutschlands größtenteils bedingt durch die Aufwertung des Euro bis Mitte 2009 um etwa 20 Prozent (Abbildung). Aufgrund der verhältnismäßig geringeren inländischen Teuerung fiel der Wettbewerbsverlust jedoch um etwa zehn Prozentpunkte niedriger aus als vom Wechselkurs induziert. Seit Beginn des Jahres 2010 ist eine Umkehr des langfristigen Trends zu beobachten: Mit Beginn der Eurokrise gab der Euro in kürzester Zeit um etwa zwölf Prozent nach und der nominale Wechselkurs schwankt seitdem um das erreichte Niveau. Diesen Schwankungen unterliegt auch die preisliche Wettbewerbsfähigkeit; trendmäßig kam es dennoch zu einer weiteren leichten Verbesserung um etwa fünf Prozent seit Mitte 2010. Im Jahr 2016 war zunächst eine leichte Erholung des Eurokurses zu verzeichnen, seit Jahresmitte gab er jedoch – insbesondere gegenüber dem US-Dollar – nach, was sich seitdem in leichten Zugewinnen in der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands niederschlägt.

ständigen dürfte in diesem Jahr noch leicht zurückgehen – im nächsten Jahr wird sie stagnieren.

Die Zahl der Erwerbstätigen dürfte 2017 das Ergebnis des Vorjahres um knapp 600.000 übertreffen. Dieses Ergebnis ist erheblich durch den kräftigen Zuwachs zu Jahresbeginn beeinflusst. Für das kommende Jahr wird mit einem Plus von 440.000 gerechnet.

Die Zahl der Arbeitslosen vermindert sich 2017 – im Vorjahresvergleich – um 170.000 und im kommenden Jahr um 150.000; die Arbeitslosenquote beträgt in diesem Jahr wohl 5,7 Prozent, im kommenden 5,3 Prozent. Die Zahl der Erwerbspersonen steigt in diesem Jahr kräftig, weil sich die Asylwanderungen auf dem Arbeitsmarkt nunmehr besonders stark bemerkbar machen. Im nächsten Jahr wird dieser Effekt stark abklingen. Dann fällt der Zuwachs beim Erwerbspersonenpotential geringer aus und wird von Arbeitskräftewanderungen hauptsächlich aus der EU getragen. Die Zahl der bereits in Deutschland ansässigen Erwerbspersonen steigt trotz einer weiter zunehmenden Erwerbsbeteiligung indes kaum noch.

Im dritten Quartal des vergangenen Jahres waren nach der amtlichen Erhebung der Arbeitnehmerverdienste die Bruttostundenlöhne um 2,4 Prozent höher als im entsprechenden Zeitraum des vorhergehenden Jahres. In derselben Zeit stiegen die tariflichen Stundenlöhne lediglich um 2,2 Prozent. Die Differenz – also die Lohnrift – rührt allein von einer Verschiebung hin zu qualifizierten Tätigkeiten her.²

Auffällig ist, dass trotz des kräftigen Beschäftigungsaufbaus die tarifvertraglichen Lohnsteigerungen im letzten Jahr von Quartal zu Quartal kleiner wurden. In Anbetracht der anziehenden Teuerung dürften die Abschlüsse für dieses Jahr kaum noch Reallohnzuwächse erbringen. Selbst gerade abgeschlossene Tarifvereinbarungen – bei der Leiharbeit, der Papier, Pappe und Kunststoff verarbeitenden Industrie sowie im öffentlichen Dienst (Länder) – lassen dies erwarten. Zudem wird die Lohnentwicklung dadurch gebremst, dass in wichtigen Bereichen (wie der

Metall- und Elektroindustrie, der Chemischen Industrie oder dem Bauhauptgewerbe) im vergangenen Jahr getroffene Vereinbarungen degressive, in diesem Jahr wirksam werdende Entgeltanhebungen vorsehen.

Da die Verbraucherpreise erheblich gestiegen sind, ist zu erwarten, dass bei den in diesem Jahr noch anstehenden Abschlüssen höhere Tariflohnsteigerungen als zuletzt erzielt werden. Es wird unterstellt, dass die Gewerkschaften dazu in der Lage sind, da die Position der Arbeitnehmerseite durch die Knappheit am Arbeitsmarkt gestärkt wird. Im kommenden Jahr dürfte die Lohnpolitik eine offensivere Gangart einschlagen.

Privater Verbrauch vorübergehend von anziehender Teuerung gebremst

Der private Verbrauch ist in den vergangenen Quartalen stetig ausgeweitet worden. Zuletzt hat die höhere Teuerung allerdings etwas gebremst – und dies dürfte auch im weiteren Verlauf, vor allem im ersten Halbjahr 2017, der Fall sein. Dies zeigt sich in schwachen Einzelhandelsumsätzen, die zum Jahresauftakt deutlich niedriger als im Schlussquartal gelegen haben; auch die etwas eingetrübte Stimmung im Einzelhandel spricht für – zumindest vorübergehend – gedämpfte Zuwächse. Die außergewöhnlich niedrige Inflation, die in den vergangenen Jahren die Kaufkraft der privaten Haushalte kaum geschmälert hatte, fällt zudem weg. Auch von den nach Deutschland Geflüchteten, deren Nachfrage 2016 die Binnenwirtschaft beflügelte hatten, gehen kaum zusätzliche Impulse für den Konsum aus.

Demgegenüber wird der Konsum wohl von dem kräftigen Beschäftigungsaufbau und den Lohnsteigerungen profitieren und im späteren Verlauf seinem deutlichen Aufwärtstrend weiter folgen. Angefeuert von der dynamischen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt legen die Bruttolöhne in der Summe weiter deutlich zu. Netto behält die Lohnsumme im Prognosezeitraum das Tempo der Vorjahre in etwa bei.

Die monetären Sozialleistungen entwickeln sich weiter kräftig. In der ersten Jahreshälfte lässt die besonders kräftige Rentenanpassung Mitte vergangenen Jahres die Transferausgaben spürbar zulegen. Die jeweils zur Jahresmitte 2017 und 2018 erfolgenden Rentenanpassungen sind zwar ebenfalls spürbar, aber deutlich geringer; die Anhebung ab dem Jahr 2018 wird dabei für die Ostrenten höher liegen als sonst. Außerdem wird in beiden Jahren das Kindergeld erhöht. Besonders kräftig nehmen die Ausgaben für Arbeitslosengeld II zu. Diese Transferleistung wurde zu Beginn des Jahres 2017 deutlich angehoben. Zudem werden von den in Deutschland Asyl Suchenden immer mehr als schutzbedürftig anerkannt

² Das zeigt eine ShiftShare-Analyse auf Basis der Statistik der Arbeitnehmerverdienste. In diesem Zahlenwerk werden die abhängig Beschäftigten (ohne geringfügig Beschäftigte) in fünf Leistungsgruppen unterteilt – die Skala reicht von Führungskräften bis hin zu Personen, die Tätigkeiten ausüben, die keine Berufsausbildung und auch keine längere Einarbeitung erfordern. In der Regel nicht erfasst sind Betriebe mit weniger als zehn Beschäftigten sowie generell die Landwirtschaft und die privaten Haushalte. In die Analyse ging die tatsächliche Lohnentwicklung der einzelnen Leistungsgruppen ein, und es wurde unterstellt, dass im dritten Quartal 2016 die Struktur des Arbeitsvolumens der Gruppen dieselbe wie ein Jahr zuvor gewesen ist. In diesem Fall wären die Bruttostundenlöhne um knapp einen halben Prozentpunkt weniger stark gestiegen. Wird dieser Struktureffekt berücksichtigt, dann hätten angesichts der tariflichen Stundenlohnzuwächse die Löhne eigentlich noch stärker zulegen müssen als es tatsächlich der Fall war. Wahrscheinlich kam es in manchen Segmenten der Wirtschaft – etwa bei den Kleinbetrieben – zu Lohnzuwächsen, die geringer waren als die tarifvertraglich vereinbarten.

und haben dann Anspruch auf Arbeitslosengeld II – wofür allerdings der Anspruch bei anderen Sozialleistungen entfällt. Gedämpft wird die Entwicklung der monetären Sozialleistungen während des gesamten Prognosezeitraums hingegen durch die auch weiterhin sinkenden Ausgaben für Arbeitslosengeld, denn die Zahl derjenigen, die Versicherungsleistungen beziehen, geht zurück.

Alles in allem setzt sich mit Zuwächsen von jeweils drei Prozent in diesem und im kommenden Jahr der spürbare Aufwärtstrend bei den verfügbaren Einkommen fort; aufgrund der höheren Teuerung ergibt sich für den privaten Verbrauch in realer Rechnung aber ein geringerer Zuwachs als in den vergangenen Jahren – vor allem in diesem Jahr, in dem die Inflation höher ausfällt.

Private Ausrüstungsinvestitionen bleiben schwach

Die Investitionen in Maschinen, Geräte und Fahrzeuge haben sich im vergangenen Jahr schwach entwickelt und wurden lediglich um gut ein Prozent ausgeweitet. Dass es überhaupt noch zu einem Zuwachs kam, ist ausschließlich auf das zu Jahresbeginn 2016 erreichte Ausgangsniveau zurückzuführen. Im Jahresverlauf sanken vor allem die privaten Ausrüstungsinvestitionen deutlich. Angesichts ansonsten vorteilhafter Rahmenbedingungen dürfte der Grund wohl in erster Linie eine erhebliche Verunsicherung der Unternehmen gewesen sein, beispielsweise durch das Brexit-Referendum oder die Wahlentscheidung in den Vereinigten Staaten, die zu mehr Vorsicht bei der Erweiterung von Produktionskapazitäten geführt haben dürfte.³

Zuletzt ist der Bestellüberhang laut Order-Capacity-Index deutlich gestiegen – die Kapazitätsauslastung im verarbeitenden Gewerbe liegt laut ifo Konjunkturtest etwas über dem langjährigen Durchschnitt. Die Finanzierungsbedingungen haben sich bei zuletzt leicht sinkenden Zinsen für Unternehmenskredite weiter verbessert, die Kreditvergabestandards blieben in etwa gleich. Gleichwohl bleiben die Unternehmen laut Konjunkturumfrage des DIHK bei der Ausweitung der Investitionstätigkeit zurückhaltend – lediglich die Bauunternehmen äußerten per saldo, dass sie beabsichtigen, deutlich mehr in die Produktionskapazitäten zu investieren als zuvor.

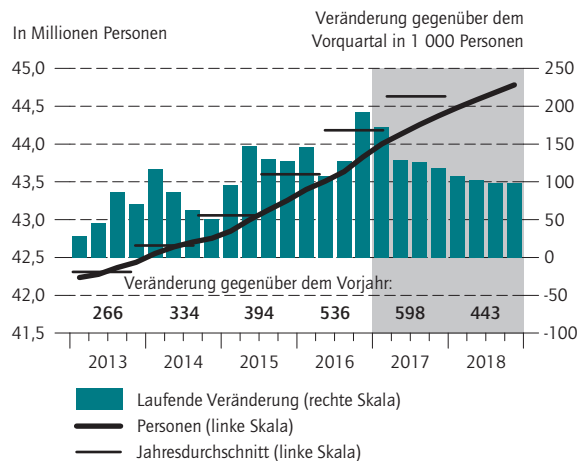
Die vorliegenden Indikatoren deuten jedoch alles in allem auf eine zunächst weiterhin verhaltene Investitionstätigkeit hin. Zwar stiegen die Inlandsumsätze im Januar 2017 deutlich, gleichzeitig sanken aber die Bestellungen aus dem Inland in ähnlicher Größenordnung.

³ Vgl. dazu in dieser Wochenberichtsausgabe Ferdinand Fichtner et al. (2017), a.a.O.

Abbildung 2

Erwerbstätige

Änderung in Tausend Personen gegenüber Vorquartal



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2017

Der Beschäftigungsaufbau setzt sich mit kaum vermindertem Tempo fort.

Zudem sind dämpfende Effekte der staatlichen Investitionstätigkeit wahrscheinlich, die im Schlussquartal des Jahres 2016 außergewöhnlich stark ausgeweitet wurde.

Für den weiteren Prognoseverlauf ist angesichts der konjunkturellen Entwicklung bei vielen wichtigen Handelspartnern und bei leicht geöffneter Produktionslücke in Deutschland zu erwarten, dass sich die verhalten positive Entwicklung der Investitionstätigkeit fortsetzt. Allerdings dürfte die Verunsicherung der Unternehmen aufgrund der politischen Entwicklungen im Prognosezeitraum hoch bleiben. Weiterhin bleibt unklar, wie die künftigen Beziehungen der Europäischen Union mit dem Vereinigten Königreich gestaltet werden; der Ausgang der Wahlen in Frankreich und den Niederlanden ist offen. Auch sind die Folgen der wirtschaftspolitischen Neuausrichtung in den USA für viele Unternehmen nur schwer kalkulierbar und dürften sich negativ auf deren Investitionsbereitschaft auswirken.⁴

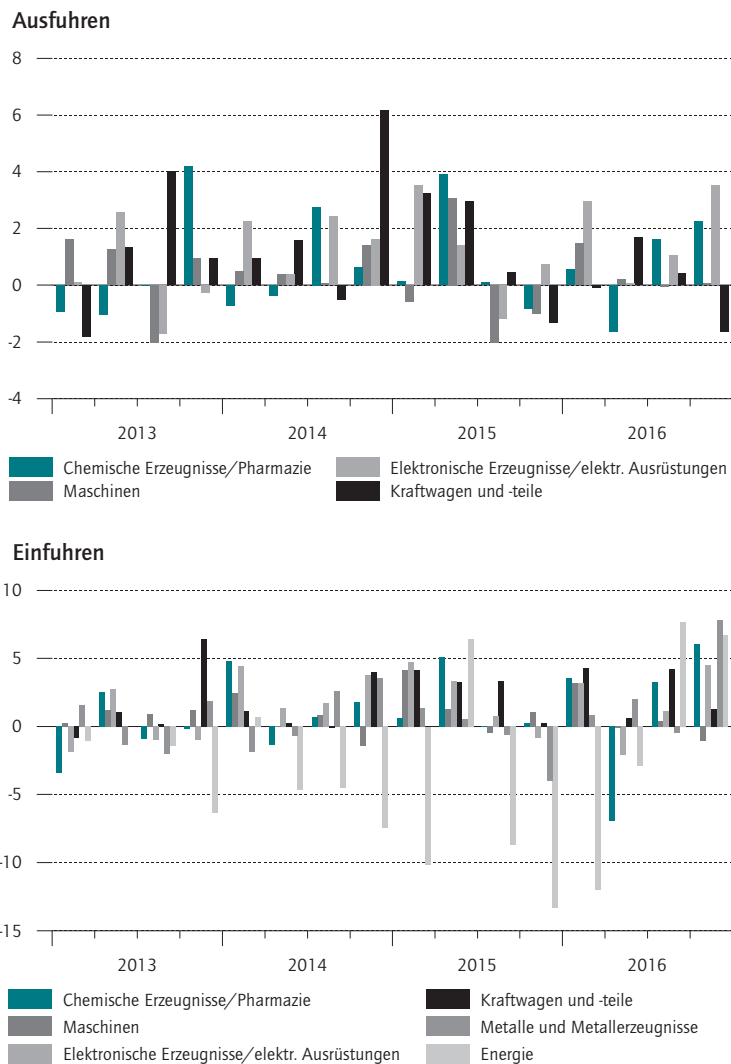
Die Ausrüstungsinvestitionen werden im laufenden Jahr voraussichtlich das Vorjahresniveau halten. Im Jahr 2018 werden sie mit gut dreieinhalb Prozent wieder etwas stärker

⁴ Vgl. Malte Rieth, Claus Michelsen und Michele Piffer (2016): Unsicherheitschock durch Brexit-Votum verringert Investitionstätigkeit und Bruttoinlandsprodukt im Euroraum und Deutschland. DIW Wochenbericht 32+33, 695-703, sowie Timo Wollmershäuser et al. (2016): ifo Konjunkturprognose 2016-2018: Robuste deutsche Konjunktur vor einem Jahr ungewisser internationaler Wirtschaftspolitik. ifo Schnelldienst 24, 28-73, Kästen 1 und 2.

Abbildung 3

Warenhandel

Veränderungen gegenüber dem Vorquartal in Prozent



Quelle: Destatis; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2017

Bei den Warenausfuhren entwickelten sich allein die Kraftfahrzeugexporte im vierten Quartal 2017 rückläufig.

ker steigen – eine Entwicklung, die aber deutlich schwächer ist als in früheren Aufschwungphasen.

Bauboom geht in die Verlängerung

Die Bauinvestitionen wurden nach einer rückläufigen Entwicklung im Sommerhalbjahr im Schlussquartal 2016 kräftig ausgeweitet. Dabei wurden vor allem die Investitionen in Wohnbauten und in die gewerblichen Bauten gesteigert – die öffentlichen Bauinvestitionen

stagnierten zum Jahresabschluss. Nach wie vor sind die Auftragsbücher in allen Bausparten gut gefüllt, sodass – trotz eines witterungsbedingt wohl etwas schwächeren Jahresauftakts – für den Prognosezeitraum mit einer anhaltend regen Bautätigkeit zu rechnen ist.

Dabei ist es weiterhin der Wohnungsbau, der im gesamten Prognosezeitraum die Bautätigkeit stützt, im Jahr 2017 vor allem durch Neubauten – im Jahr 2018 voraussichtlich auch wieder verstärkt durch Maßnahmen im Bestand.⁵ Nach wie vor ist die Nachfrage nach Wohnimmobilien gerade in den Ballungszentren hoch und der zusätzliche Neubau reicht nicht aus, um dem Zuzug in die Städte gerecht zu werden. Auch die positive Arbeitsmarktentwicklung und die steigenden Einkommen dürften im derzeit günstigen Zinsumfeld weiter stützend wirken. Auch ist das Volumen der genehmigten Wohnungsbauvorhaben im letzten Jahr deutlich gestiegen. Dämpfend dürfte sich allerdings die bereits jetzt hohe Kapazitätsauslastung der Bauwirtschaft auswirken. In den vergangenen Jahren hielt der Beschäftigungsaufbau im Baugewerbe und die Investitionstätigkeit nicht mit der gestiegenen Nachfrage Schritt.⁶ Ebenfalls könnte die immer intensiver geführte Debatte um mögliche Überbewertungen von Immobilien die Nachfrage dämpfen.

Die Dynamik im Wirtschaftsbau dürfte demgegenüber deutlich geringer bleiben. Das Volumen genehmigter Bauvorhaben stieg zuletzt zwar im Vergleich zum Sommer wieder, allerdings hat sich in den vergangenen Jahren gezeigt, dass die Unternehmen diese Bauvorhaben offensichtlich immer wieder zurückstellen. Der verhaltene Ausblick spiegelt sich auch in den deutlich pessimistischeren Geschäftserwartungen der vom ifo Institut befragten Unternehmen des Wirtschaftsbaus wider. Der Ausbau des Breitbandnetzes und zusätzliche Investitionen in Schienenwege dürften den Wirtschaftsbau anschieben. Für das laufende Jahr wird voraussichtlich – auch aufgrund der geringeren Zahl an Arbeitstagen – das Vorjahresniveau der Wirtschaftsbauminvestitionen nicht gehalten werden. Mit steigender gesamtwirtschaftlicher Kapazitätsauslastung dürften die Dynamik im Prognosezeitraum zunehmen und die Wirtschaftsbauminvestitionen im Jahr 2018 um etwa zwei Prozent steigen.

Die öffentlichen Bauinvestitionen werden kräftig ausgeweitet. Vor allem die für die kommunale Infrastruktur zusätzlich bereitgestellten Mittel und die sich weiter verbessernde Finanzlage der Kommunen insgesamt dürften

⁵ Vgl. Martin Gornig und Claus Michelsen (2017): Bauwirtschaft: volle Auftragsbücher und gute Wachstumsaussichten. DIW Wochenbericht 1+2, 32-42.

⁶ Siehe dazu in dieser Wochenberichtsausgabe Martin Gornig und Claus Michelsen (2017): Kommunale Investitionsschwäche: Engpässe bei Planungs- und Baukapazitäten bremsen Städte und Gemeinden aus. DIW Wochenbericht Nr. 11, 206-216.

Tabelle 4

Reale Bauinvestitionen (Veränderung)

In Prozent

	2016	2014	2015	2016	2017	2018
	Anteile in Prozent	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr				
Wohnungsbau	61,2	2,9	1,5	4,2	2,6	2,9
Nichtwohnungsbau	38,8	0,4	-1,4	1,0	0,7	1,7
Gewerblicher Bau	27,2	-0,4	-1,8	0,2	-0,4	2,0
Öffentlicher Bau	11,6	2,4	-0,4	2,9	3,4	1,0
Bauinvestitionen	100,0	1,9	0,3	3,0	1,9	2,4

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2017

Weiterhin bleibt der Wohnungsbau die Stütze der Baukonjunktur.

ten in diesem Jahr zu stärkeren Impulsen führen. Die Auftragsbücher sind nach wie vor gut gefüllt. Allerdings sprechen die deutlich gesunkenen Auftragseingänge im Tief- und Straßenbau für eine nachlassende Dynamik im weiteren Verlauf des Prognosezeitraums. Die derzeitige Auslastung der Bauwirtschaft könnte darüber hinaus zu Verschiebungen der Investitionen führen. So wurde beispielsweise die Laufzeit des Investitionsfonds für finanzschwache Kommunen, wohl auch angesichts des verhaltenen Mittelabflusses, bereits bis in das Jahr 2020 verlängert. In dieser Prognose ist aber unterstellt, dass Engpässe bei den Planungsbehörden gemindert und die Kapazitäten bei den Bauunternehmen ausreichen werden, um die erhöhte Nachfrage auch zu bedienen. Daraus ergibt sich ein kräftiger Impuls bei den öffentlichen Bauinvestitionen in diesem Jahr und ein real sinkendes Bauvolumen im kommenden Jahr (Tabelle 4).

Die hohe Kapazitätsauslastung der Bauwirtschaft dürfte zu deutlich stärker steigenden Baupreisen führen. Auch die Rohstoffpreise haben zuletzt angezogen, was sich ebenfalls preissteigernd auf Bauleistungen auswirkt. Für dieses und das kommende Jahr ist mit Preissteigerungen um die zweieinhalb Prozent zu rechnen.

Dynamische Importe, Exporte schwächer

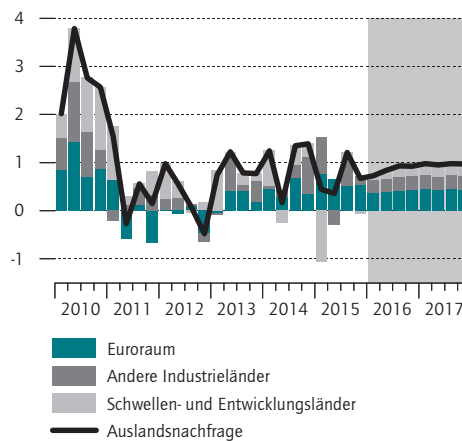
Der Außenhandel expandierte im Jahr 2016 lediglich mäßig. Zur Jahresmitte legten sowohl die Ein- als auch die Ausfuhren eine Verschnaufpause ein. Im Schlussquartal war hingegen eine deutliche Ausweitung des Außenhandels zu verzeichnen: Bei den Ausfuhren war die lebhaftere Nachfrage aus asiatischen Ländern sowie aus den Vereinigten Staaten – für letztere wurde erst-

Abbildung 4

Auslandsnachfrage¹

Veränderung gegenüber Vorquartal in Prozent

Balken: Wachstumsbeiträge der Regionen in Prozentpunkten



¹ Exportanteilsgewichtete Importe der Handelspartner.

Quellen: Bloomberg; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2017

Der Euroraum wird im Prognosezeitraum wohl keine Impulse für den Außenhandel liefern.

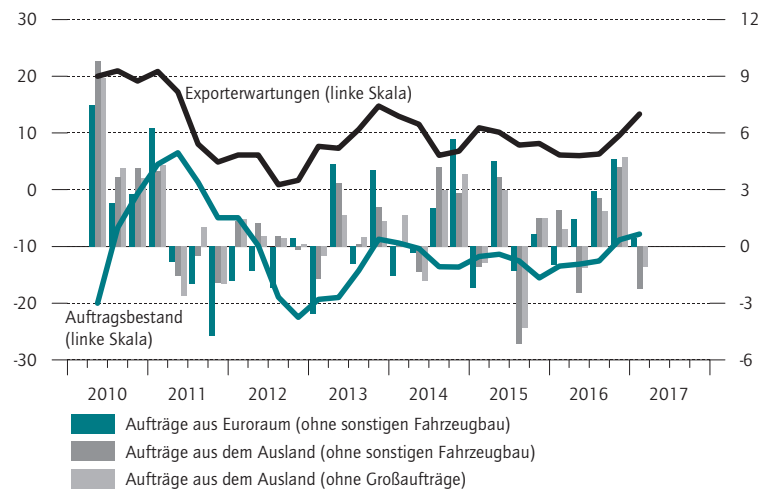
mals seit Jahresmitte 2015 wieder ein Anstieg der Ausfuhren im Vergleich zum Vorquartal verzeichnet – maßgeblich verantwortlich für die Dynamik zum Jahresausklang. Die Betrachtung der Exporte nach Warengruppen zeigt, dass es auf breiter Front zu Zuwächsen kam; allein die Kraftfahrzeugausfuhren sanken (Abbildung 3). Im Vergleich zu den Ausfuhren stiegen die Einfuhren stärker; die inländische Nachfrage nach Vorleistungsgütern sowie Metallen und Metallerzeugnissen legte hier besonders kräftig zu.

Für das laufende Quartal deuten die Frühindikatoren auf ein weiteres deutliches Plus bei den Exporten hin. Zwar verzeichneten die Auftragseingänge aus dem Ausland im Januar im Vergleich zum Durchschnitt des Vorquartals einen leichten Rücksetzer, befinden sich aber weiterhin auf einem hohen Niveau. Hingegen stiegen die Auftragseingänge (ohne Großaufträge) im verarbeitenden Gewerbe aus dem Euroraum zum wiederholten Male an und auch die Ausfuhr in der Abgrenzung des Spezialhandels im verbesserte sich zuletzt. Ebenfalls deutlich aufwärtsgerichtet waren zuletzt die ifo-Indikatoren zu den Exporterwartungen sowie dem Auftragsbestand im verarbeitenden Gewerbe für die Exporteure (Abbildung 5).

Im weiteren Verlauf werden die Ausfuhren wohl weiter ausgeweitet, allerdings in geringerem Maße als zuletzt.

Abbildung 5

Frühindikatoren für die Exportentwicklung



Aufträge aus dem Ausland/Euroraum: Index, 2010 = 100 (letzter Wert (Q1 2017): Jan. gegenüber Q4 2016) ifo Exporterwartungen/Auftragsbestand: Saldo (letzter Wert (Q1 2017): Durchschnitt Jan. - Feb. gegenüber Q4 2016)

Quellen: Datastream; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2017

Die kurzfristigen Indikatoren des Exports deuten auf ein deutliches Plus zum Jahresauftakt hin.

Insbesondere die geringere Nachfrage aus dem Vereinigten Königreich aufgrund der Brexit-Entscheidung dürfte dämpfend wirken. Auch werden wohl von den Ländern des Euroraums keine Impulse für den Außenhandel ausgehen (Abbildung 4). Ab dem Jahreswechsel 2017/18 dürften die Exporte bei sich aufhellender Weltkonjunktur von der kontinuierlichen Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit (Kasten 3) profitieren und leicht an Tempo gewinnen.

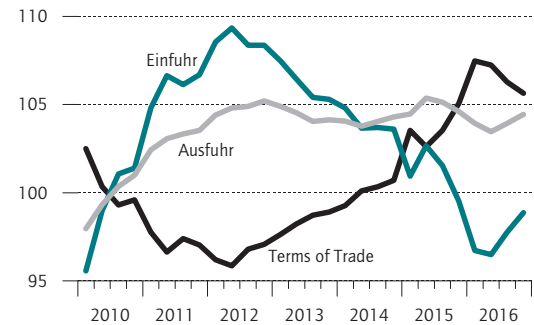
Nach einem kräftigen Jahresauftakt dürfte sich die Expansion der Importe zur Jahresmitte 2017 zwischenzeitlich verlangsamen. Die geringeren Exporte dürften dann auch das Expansionstempo der Importe drosseln, da wohl weniger Vorleistungen importiert werden. Im weiteren Prognoseverlauf werden die Einfuhren bei sich belebenden Ausfuhren und aufwärtsgerichteten Ausrüstungsinvestitionen wohl etwas an Fahrt gewinnen, auch deshalb dürften die Zuwächse dann leicht höher ausfallen als die der Exporte.

Sowohl die Einfuhren als auch die Ausfuhren verteuerten sich im vierten Quartal 2016 deutlich (Abbildung 6); dazu trugen in erster Linie die Anstiege des Ölpreises bei. Bei den Einfuhren verteuerten sich weiterhin Erze, Kohle, Kokerei- und Mineralölherzeugnisse sowie Metalle besonders kräftig. Demgegenüber standen kräftige Preissteigerungen bei den Ausfuhren von Kokerei- und Mineralölherzeugnissen, Nahrungs- und Futtermitteln sowie Metal-

Abbildung 6

Außenhandelspreise und Terms of Trade¹

Index (2010 = 100), letzter Wert (Q1 2017): Durchschnitt Jan. bis Feb. gegenüber Q4 2016.



¹ Die abgebildeten Werte beinhalten eine Phasenverschiebung der Monatswerte der Ausfuhrpreisindizes um einen Monat.

Quellen: Deutsche Bundesbank; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2017

Die Außenhandelspreise zogen in den vergangenen Quartalen stark an, während sich die Terms of Trade verschlechterten.

len. Da die Ausfuhrpreise insgesamt weniger stark als Einfuhrpreise zunahmen, wohl weil die Exporteure ihre gestiegenen Produktionskosten nur sukzessive an ihre Kunden weitergaben, verschlechterten sich die Terms of Trade zuletzt bereits das dritte Quartal in Folge.

Im ersten Quartal 2017 dürfte sich der Auftrieb der Außenhandelspreise mit ähnlich hohem Tempo fortgesetzt haben, darauf deuten die monatlichen Außenhandelspreisindizes hin. Erst im weiteren Prognosezeitraum wird sich der Preisauftrieb wohl langsam abschwächen, zumal der Ölpreis in etwa stagniert. Im Jahr 2017 wird die Teuerung der Einfuhren wohl höher ausfallen als die der Ausfuhren. Dies liegt auch daran, dass viele der importierten Güter Vorleistungen und Rohstoffe sind; tendenziell fallen deren Preisschwankungen höher aus und werden schneller an die Importeure weitergegeben. Alles in allem dürften die Terms of Trade in diesem Jahr um 1,0 Prozent zurückgehen. Zum Ende des Prognosezeitraums dürften die Ausfuhrpreise mit geringfügig höheren Raten zulegen als die Einfuhrpreise, da die exportorientierten Unternehmen bei guter Weltkonjunktur ihre Preissetzungsspielräume nutzen. Insgesamt wird das Tauschverhältnis im Außenhandel im Jahr 2018 wohl in etwa neutral ausfallen.

Rein rechnerisch dürfte der Expansionsbeitrag des Außenhandels zum Bruttoinlandsprodukt in beiden Jahren des Prognosezeitraums negativ ausfallen. Im Jahr

2017 belastet er um 0,3 Prozentpunkte, in 2018 um einen Zehntel-Prozentpunkt. Der Leistungsbilanzsaldo dürfte 2017 bei 7,8 Prozent liegen, 2018 bei 7,5 Prozent.

Öffentliche Finanzen: Konjunkturelle Überschüsse gehen zurück – strukturelle Überschüsse schwinden

Im vergangenen Jahr hat der öffentliche Gesamthaushalt mit einem Überschuss von knapp 24 Milliarden Euro abgeschlossen. Die Lage der öffentlichen Haushalte scheint damit derzeit mehr als günstig und auch im Prognosezeitraum wird der Staat insgesamt Überschüsse erwirtschaften; sie werden sich aber merklich zurückbilden.

Die Einnahmen des Staates expandieren spürbar, allerdings mit deutlich geringerer Dynamik als in den vergangenen Jahren. Dies trifft insbesondere für die Steuereinnahmen zu, denn die Gewinnsteuern werden im laufenden Jahr wohl leicht zurückgehen. Zum einen ist die Gewinnentwicklung im Jahr 2017 ausgesprochen schwach. Zum anderen haben die Einnahmen bei der veranlagten Einkommensteuer, aber auch bei der Körperschaftsteuer im Jahr 2016 deutlich kräftiger zugelegt, als vor dem Hintergrund der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zu erwarten gewesen wäre. Dies gilt insbesondere für die Vorauszahlungen. Hohe Vorauszahlungen sind im Allgemeinen mit geringeren Nachzahlungen in späteren Jahren verbunden, wodurch das Aufkommen im Prognosezeitraum gedämpft wird. Mit der im weiteren Verlauf etwas anziehenden Gewinnentwicklung werden die Gewinnsteuern im Jahr 2018 wieder stärker zulegen. Ein ähnliches Muster zeigt sich bei der Gewerbesteuer. Bei der Abgeltungsteuer dürften die Einnahmen in Anbetracht des niedrigen Zinsniveaus im laufenden Jahr nochmals rückläufig sein und sich danach wohl verhalten entwickeln. Allein die nichtveranlagten Steuern vom Ertrag dürften infolge höherer Dividendenausschüttungen etwas stärker expandieren als im Vorjahr,⁷ bevor sie im kommenden Jahr infolge der schwachen Gewinnentwicklung im Jahr 2017 nur verhalten steigen dürften. Die Lohnsteuereinnahmen entwickeln sich infolge des fortgesetzten Beschäftigungsaufbaus ste-

tiger als die Gewinnsteuern, werden mit dessen nachlassendem Tempo im kommenden Jahr aber ebenfalls etwas an Dynamik verlieren. Dämpfend wirkt zudem in beiden Jahren die relativ moderate Entwicklung der Löhne je ArbeitnehmerIn sowie die Anhebung von Grund- und Kinderfreibetrag (Kasten 2).

Die indirekten Steuern dürften hingegen etwas stärker als im vergangenen Jahr expandieren; ihre Entwicklung wird maßgeblich durch die Steuern vom Umsatz bestimmt und deren Aufkommen legt infolge der merklichen Ausweitung des nominalen Konsums zu.

Die Einnahmen aus Sozialbeiträgen nehmen weiter deutlich zu, allerdings mit nachlassendem Tempo. Zwar findet der Beschäftigungsaufbau nach wie vor im sozialversicherungspflichtigen Bereich statt, der kumulierte Beitragssatz zu den Sozialversicherungen steigt im Jahr 2018 aber etwas weniger als im Vorjahr und das Tempo des Beschäftigungsaufbaus lässt ebenfalls nach.⁸

Die sonstigen Einnahmen des Staates werden im laufenden Jahr deutlich sinken, im kommenden Jahr hingegen kräftig zulegen. In beiden Jahren wird ihre Entwicklung durch die empfangenen Vermögenstransfers gedämpft, die aufgrund sinkender Erbschaftsteuereinnahmen infolge von Vorzieheffekten merklich zurückgehen.⁹ Im laufenden Jahr werden zudem die Vermögenseinkommen sinken, bevor sie im kommenden Jahr kräftig zulegen. Dies liegt an der Entwicklung des vereinnahmten Bundesbankgewinns. Im Jahr 2016 hat die Bundesbank wegen der mit der EZB-Geldpolitik verbundenen Risiken ihre Wagnisrückstellungen um 1,8 Milliarden Euro aufgestockt; daher ist der in diesem Jahr auszuschüttende Gewinn auf 400 Millionen Euro geschrumpft. Für den Prognosezeitraum ist angenommen, dass keine weiteren Rückstellungen gebildet werden und der im kommenden Jahr vom Bund vereinnahmte Gewinn – wie in der Finanzplanung unterstellt – bei 2,5 Milliarden Euro liegt.

Alles in allem werden die Einnahmen um 2,4 Prozent in diesem Jahr und um 3,2 Prozent im Jahr 2018 zulegen.

⁷ Dies gilt allerdings lediglich in Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR). Die kassenmäßigen Steuereinnahmen dürften aufgrund eines Gerichtsurteils in beiden Jahren deutlich niedriger ausfallen. Vgl. DIW (2017): Steuereinnahmen nehmen vor allem dieses Jahr nur verhalten zu. Pressemitteilung des DIW Berlin vom 15. März 2017. Die Auswirkungen von Urteilen werden in den VGR zum Zeitpunkt der Urteilsverkündung verbucht. Auch bei der Körperschaft- und der Gewerbesteuer wird es aufgrund von Gerichtsurteilen im laufenden Jahr zu deutlichen Steuermindereinnahmen kommen. Alles in allem werden die mit Gerichtsurteilen verbundenen Steuermindereinnahmen im laufenden Jahr wohl dazu führen, dass die kassenmäßigen Steuereinnahmen um 5,4 Milliarden Euro hinter den in den VGR berichteten Einnahmen zurückbleiben.

⁸ Im laufenden Jahr wird der Beitragssatz bei der sozialen Pflegeversicherung um 0,2 Prozentpunkte angehoben. Im kommenden Jahr dürfte der durchschnittliche Zusatzbeitrag bei den gesetzlichen Krankenversicherungen um 0,1 Prozentpunkte zunehmen, denn auch wenn die gesetzlichen Krankenkassen insgesamt zuletzt einen Überschuss erwirtschaften konnten, dürften die Einnahmen nicht bei allen Kassen ausreichen, den weiterhin dynamischen Ausgabenanstieg über das Jahr 2017 hinaus zu finanzieren.

⁹ In Erwartung eines Urteils waren viele Schenkungen in das Jahr 2014 vorgezogen worden, so dass die Einnahmen aus der Erbschaft- und Schenksteuer bis in das vergangene Jahr hinein kräftig expandierten. Die vorgezogenen Vermögensübergänge werden in den kommenden Jahren dazu führen, dass die Erbschaftsteuereinnahmen merklich sinken.

Die Ausgaben steigen zwar deutlich stärker als die Einnahmen, allerdings gleichfalls mit geringerer Dynamik als im vergangenen Jahr, als sie infolge der hohen Zahl in Deutschland Schutz suchender Menschen merklich ausgeweitet worden waren. Dies trifft insbesondere für die Vorleistungen zu, die infolge der Unterbringung und Versorgung der AsylbewerberInnen in Erstaufnahmeeinrichtungen spürbar zugenommen hatten. Die hiermit verbundenen Ausgaben werden infolge der deutlich geringeren fluchtbedingten Zuwanderung im Jahr 2016 rückläufig sein. Begünstigt durch die entspannte Haushaltslage dürften die Vorleistungskäufe aber dennoch zulegen. Die kräftige Zunahme der sozialen Sachleistungen im vergangenen Jahr war ebenfalls zum Teil eine Folge des Zustroms an Geflüchteten. Diese Ausgaben weisen allerdings ohnehin eine hohe Grunddynamik auf; dies liegt an den Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherungen, die infolge der zunehmenden Alterung und des medizinisch-technischen Fortschritts kräftig zulegen. Daher werden die sozialen Sachleistungen auch im Prognosezeitraum nur wenig schwächer als im Vorjahr zunehmen, zumal zu Beginn des laufenden Jahres die Leistungen der Pflegeversicherung ausgeweitet worden sind.

Die Arbeitnehmerentgelte verlieren ebenfalls etwas an Tempo. Die bisher vereinbarten Tarifabschlüsse – für Bund und Kommunen ist zu Beginn kommenden Jahres ein Abschluss in vergleichbarer Größenordnung unterstellt – enthalten zwar nach wie vor deutliche Lohnerhöhungen und es wird angenommen, dass die vor kurzem für die Landesbeschäftigten vereinbarten Lohnzuwächse nach und nach auf die BeamtInnen der Länder übertragen werden;¹⁰ der Beschäftigungsaufbau verliert allerdings an Dynamik, denn auch er lag im vergangenen Jahr infolge der Flüchtlingszuwanderung etwas höher.

Die monetären Sozialleistungen nehmen in beiden Jahren merklich zu. Dabei dürften die Ausgabensteigerungen der gesetzlichen Rentenversicherung ab Mitte des Jahres 2017 aber etwas an Tempo verlieren. Die Rentenanpassungen sind zwar nach wie vor spürbar und werden zudem ab Mitte 2018 durch die schrittweise Angleichung der Ost- an die Westrenten bis zum Jahr 2025 etwas höher liegen; sie bleiben aber deutlich hinter der Anpassung zur Mitte des vergangenen Jahres zurück, die durch einen statistischen Nachholeffekt überzeichnet war.¹¹ Diese wirkt in der ersten Hälfte des laufenden Jahres aber nochmals ausgaben erhöhend. Auch die Beam-

¹⁰ Dabei sind leichte Abschlüsse wegen der Bildung von Pensionsrückstellungen unterstellt.

¹¹ Durch die methodischen Änderungen in den VGR fiel die Rentenanpassung, die sich vorläufig an der Brutto Lohnentwicklung orientiert, im Jahr 2015 gemessen an der Entwicklung der versicherungspflichtigen Entgelte zu gering aus. Dies wurde zur Jahresmitte 2016 nachgeholt.

tenpensionen nehmen weiter merklich zu; allein die Anhebung der Mindestpension führt zu jährlichen Mehrausgaben von etwa 225 Millionen Euro. Sowohl im Jahr 2017 wie auch im Jahr 2018 wird zudem das Kindergeld erhöht. Außerdem nehmen die Ausgaben für Arbeitslosengeld II kräftig zu. So werden von den seit dem Jahr 2015 in Deutschland Asyl Suchenden immer mehr als schutzbedürftig anerkannt und haben damit Anspruch auf Arbeitslosengeld II.¹² Zum anderen wurden die Regelsätze für das Arbeitslosengeld II zu Beginn des laufenden Jahres besonders kräftig angehoben.¹³ Gedämpft wird die Entwicklung der monetären Sozialleistungen während des gesamten Prognosezeitraums hingegen durch die auch weiterhin zurückgehenden Ausgaben für Arbeitslosengeld, denn die Zahl der Versicherungsleistungen beziehenden Arbeitslosen sinkt weiter.

Die für Bauinvestitionen bereitgestellten Mittel sind in den vergangenen Jahren deutlich erhöht worden. Der Bund hat dabei nicht nur seine eigenen Investitionsausgaben aufgestockt. Er hat auch Maßnahmen ergriffen, die Finanzlage der Kommunen, die für den größten Teil der öffentlichen Bauinvestitionen verantwortlich sind, zu verbessern. Im laufenden Jahr werden die öffentlichen Bauinvestitionen noch einmal kräftig zulegen. Alles in allem wurden die für Bauten bereitgestellten Mittel in den vergangenen Jahren deutlich aufgestockt und dürften nur noch wenig ausgeweitet werden.¹⁴ Demgegenüber dürften die Investitionen in Ausrüstungen weiterhin dynamisch zulegen, auch weil beispielsweise mehr Mittel für die Äußere Sicherheit bereitgestellt wurden.¹⁵

Die Zinsausgaben des Staates werden wohl nochmals deutlich zurückgehen, denn der Fiskus konnte bis zuletzt davon profitieren, dass sich Kapitalanleger bei der Neuemission deutscher Staatspapiere mit negativen Renditen begnügten. Die kräftigen Rückgänge der Zinsausgaben dürften aber nach und nach auslaufen.

¹² Dem stehen allerdings geringere Ausgaben nach dem Asylbewerberleistungsgesetz gegenüber.

¹³ Die Regelsätze beim Arbeitslosengeld II werden auf Grundlage der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe des Statistischen Bundesamtes festgelegt. Diese wurde im vergangenen Jahr aktualisiert und signalisiert nun einen erheblich stärkeren Preisanstieg als zuvor zugrunde gelegt worden war.

¹⁴ Dabei dürfte auch eine Rolle spielen, dass die Zuweisungen des Bundes an die ostdeutschen Länder – je Einwohner gemessen liegen die Investitionen im Beitrittsgebiet auch 26 Jahre nach der Einheit noch immer deutlich über dem entsprechenden Niveau im Westen – weiter degressiv abgebaut werden.

¹⁵ Bereits im vergangenen Jahr war deren Ausgabenrahmen um 1,7 Milliarden Euro erhöht worden; in den Jahren 2016 bis 2019 sollen insgesamt 10,2 Milliarden Euro mehr zur Verfügung stehen. Diese Ausgaben entwickeln sich sehr unregelmäßig und können sich zu bestimmten Zeitpunkten kumulieren. Für die Berichterstattung in den VGR kommt hinzu, dass Vorgänge dort gemäß Entstehungszeitpunkt zugeordnet werden. Damit ist nicht der Zahlungszeitpunkt entscheidend; es ist möglich, dass Ausgaben – selbst wenn sie die öffentlichen Kassen in verschiedenen Jahren belastet haben – gebündelt in einem Quartal berichtet werden.

Tabelle 5

Ausgewählte finanzwirtschaftliche Indikatoren¹ 2000 bis 2018

In Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts

	Staatseinnahmen			Staatsausgaben			Finanzierungs- saldo	Nachrichtlich: Zinssteuer- quote ²	Schuldenstand nach Maastricht
	Insgesamt	darunter:		Insgesamt	darunter:				
		Steuern	Sozialbeiträge		Zinsausgaben	Brutto- investitionen			
2000 ³	45,6	23,2	18,1	47,1	3,1	2,3	-1,5	13,5	58,9
2001	43,8	21,4	17,8	46,9	3,0	2,3	-3,1	14,0	57,7
2002	43,3	21,0	17,8	47,3	2,9	2,2	-3,9	14,1	59,4
2003	43,6	21,1	18,0	47,8	2,9	2,1	-4,2	13,8	63,1
2004	42,6	20,6	17,6	46,3	2,8	1,9	-3,7	13,5	64,8
2005	42,8	20,8	17,4	46,2	2,7	1,9	-3,4	13,2	67,0
2006	43,0	21,6	16,9	44,7	2,7	2,0	-1,7	12,5	66,5
2007	43,0	22,4	16,1	42,8	2,7	1,9	0,2	11,9	63,7
2008	43,4	22,7	16,1	43,6	2,7	2,1	-0,2	11,8	65,1
2009	44,3	22,4	16,9	47,6	2,6	2,4	-3,2	11,8	72,6
2010	43,0	21,4	16,5	47,4	2,5	2,3	-4,4	11,6	81,0
2011 ⁴	43,8	22,0	16,4	44,7	2,5	2,3	-1,0	11,4	78,7
2012	44,2	22,5	16,5	44,3	2,3	2,2	0,0	10,2	79,9
2013	44,5	22,9	16,5	44,7	2,0	2,1	-0,2	8,7	77,5
2014	44,7	22,9	16,5	44,4	1,8	2,1	0,3	7,8	74,9
2015	44,7	23,1	16,5	44,0	1,6	2,1	0,7	6,8	71,2
2016 ⁵	45,1	23,3	16,7	44,3	1,4	2,1	0,8	5,9	68,9
2017 ⁶	44,9	23,1	16,9	44,6	1,3	2,2	0,6	5,6	66,4
2018 ⁷	44,9	23,1	17,0	44,7	1,3	2,2	0,3	5,5	64,3

1 In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

2 Zinsausgaben des Staates in Relation zum Steueraufkommen.

3 Ohne Erlöse aus der Versteigerung von UMTS-Lizenzen (50,8 Mrd. Euro).

4 Ohne Erlöse aus der Versteigerung der Mobilfunklizenzen (4,4 Mrd. Euro).

5 Ohne Erlöse aus der Versteigerung der Funkfrequenzen (0,5 Mrd. Euro).

6 Ohne Erlöse aus der Versteigerung der Funkfrequenzen (3,8 Mrd. Euro).

7 Ohne Erlöse aus der Versteigerung der Funkfrequenzen (0,2 Mrd. Euro).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin; 2017 und 2018, Prognose des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2017

Tabelle 6

Erwerbstätige, Beschäftigte und Arbeitszeit

	Erwerbstätige (Inland)	Beschäftigte Arbeitnehmer (Inland)	Arbeitszeit je Erwerbstätigen	Bruttoinlandsprodukt				
				(preisbereinigt, verkettete Volumenwerte)				
				Insgesamt	Je Erwerbs- tätigen	Je Erwerbs- tätigenstunde	In jeweiligen Preisen	Deflator
In Millionen		In Stunden	In Milliarden Euro	In Euro		In Milliarden Euro	2010 = 100	
2010	40,892	36,407	1 373	2 479	60 619	44	2 460	99
2015	43,057	38,721	1 368	2 791	64 824	47	3 033	109
2020	45,3	41,0	1 345	3 064	67 632	50	3 645	119
Jahresdurchschnittliche Veränderung in Prozent								
2015/2010	0,9	1,0	-0,1	2,0	1,1	1,2	3,5	1,5
2020/2015 ¹	1	1	-1/4	1 1/4	3/4	1	3	1 1/2

1 In dieser Projektion sind die Vorausschätzungen auf 1/4-Prozentpunkte gerundet.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Projektion des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2017

Kasten 4

Produktionspotential bis 2021

Die mittelfristige Projektion des Produktionspotentials beruht weitgehend auf dem Methodenrahmen, der von der Europäischen Kommission verwendet wird.¹ Als Grundlage dient eine Cobb-Douglas-Produktionsfunktion, die die Einsatzfaktoren Arbeitsvolumen, Kapital und die Totale Faktorproduktivität (TFP) berücksichtigt.

Kapitalstock

Die Fortschreibung des Kapitalstocks erfolgt über den gesamten Projektionszeitraum anhand der Akkumulation der Nettoinvestitionen; zum Kapitalstock des Vorjahres kommen dementsprechend die Bruttoanlageinvestitionen abzüglich der Abschreibungen hinzu. Die Abschreibungsrate wird für den Projektionszeitraum konstant auf den Wert des letzten Beobachtungszeitpunktes gesetzt. Der Kapitalstock wird nicht geglättet.

Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter

Die Fortschreibung der demografischen Komponente orientiert sich an der 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung (Variante G1-L1-W1). Die jüngste Entwicklung des Wanderungssaldos wird in der Bevölkerungsvorausberechnung allerdings nur unzureichend abgebildet. Deshalb wird die Nettozuwanderung aus den EU-Ländern und dem Rest der Welt ausgehend von der aktuellen Entwicklung fortgeschrieben. Insgesamt wird der gesamte Wanderungssaldo der Personen im erwerbsfähigen Alter im Projektionszeitraum annahmegemäß auf rund 360.000 Personen im Jahr 2021 zurückgehen und anschließend konstant

¹ Für eine ausführliche Beschreibung dieser Methode siehe Karel Havik et al. (2010): The Production Function Methodology for Calculating Potential Growth Rates and Output Gaps. Europäische Kommission in ihrer Reihe European Economy – Economic Papers Nummer 420.

Tabelle

Wachstum des realen Produktionspotentials
Jahresdurchschnittliche Veränderung in Prozent

	2011-2016	2016-2021
Produktionspotential	1,4	1,6
Wachstumsbeiträge		
Arbeitsvolumen	0,5	0,3
Kapitalvolumen	0,4	0,5
Totale Faktorproduktivität	0,5	0,8

Differenzen bei der Aggregation entstehen durch Rundungseffekte.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Europäische Kommission; Projektion des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2017

bleiben. Die nicht asylbedingte Nettozuwanderung wird ab 2019 einen höheren Anteil an der gesamten Nettozuwanderung ausmachen. Insgesamt können die positiven Wanderungssalden den alterungsbedingten Rückgang des Erwerbspersonenpotentials bis zum Jahr 2021 noch kompensieren.

Entwicklung der trendmäßigen Partizipationsquote

Die Partizipationsquote der Nicht-Flüchtlinge wird zunächst bis 2018 geschätzt und fortgeschrieben. Anschließend wird sie bis 2021 mit einem HP-Filter um konjunkturelle Schwankungen bereinigt.² Die Partizipationsquote der Flüchtlinge resultiert

² Über einen längeren Projektionszeitraum wird die trendmäßige Partizipationsquote mit dieser einfachen Fortschreibung überschätzt, da ihr

Die geleisteten Vermögenstransfers gehen im laufenden Jahr spürbar zurück. Zwar wurden wegen des flüchtlingsbedingt höheren Wohnungsbedarfs die Mittel für den sozialen Wohnungsbau und den sozialen Stadtumbau aufgestockt und dürften nach und nach abfließen. Allerdings waren die Vermögenstransfers im vergangenen Jahr durch Garantieabrufe in Zusammenhang mit Ausgliederungen bei der HSH Nordbank um zweieinhalb Milliarden Euro überzeichnet; dieser Sondereffekt entfällt nun.

Alles in allem steigen die Ausgaben des Staates in diesem Jahr um 3,1 Prozent und im kommenden Jahr um 3,7 Prozent. Diese Ausgabenentwicklung ist jedoch ver-

zerrt, denn die Erlöse aus der Versteigerung von Funkfrequenzen werden in den VGR als negative Ausgaben ausgewiesen.¹⁶ Bereinigt um diese Versteigerungserlöse sinkt der Finanzierungssaldo in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2017 um 0,2 Prozentpunkte auf 0,6 Prozent und geht im Jahr 2018 auf 0,3 Prozent zurück (Tabelle 5). Der konjunkturell bereinigte Finanzierungssaldo, wie er dem europäischen Fis-

¹⁶ Im Jahr 2015 hat der Staat Einnahmen aus der Versteigerung von Funkfrequenzen in Höhe von insgesamt 5,1 Milliarden Euro erzielt. Diese werden in den VGR als negative Ausgabe und verteilt auf die Jahre 2015 bis 2019 gebucht: Im Jahr 2015 wurden die Staatsausgaben dadurch um 0,5 Milliarden Euro verringert. Im Jahr 2017 mindern sie die Ausgaben um 3,8 Milliarden Euro und im Jahr 2018 um 0,2 Milliarden Euro.

aus einem Suchmodell des Arbeitsmarktes für Flüchtlinge, in dem die Beschäftigungswahrscheinlichkeit mit der Länge der Aufenthaltsdauer steigt, und wird als strukturell interpretiert. Die gesamtwirtschaftliche trendmäßige Partizipationsquote ergibt sich dann als gewichteter Durchschnitt der trendmäßigen Partizipationsquoten für Flüchtlinge und Nicht-Flüchtlinge. Sie steigt bis 2021 an – Folge einer relativ stark steigenden Partizipationsrate älterer Bevölkerungskohorten und der zunehmenden Partizipation von Flüchtlingen.

Entwicklung der natürlichen Erwerbslosigkeit

Die EU-Kommissionsmethode sieht seit Dezember 2016 vor, die natürliche Erwerbslosenquote (NAWRU) in der langen Frist zu verankern.³ Dieser Anker wird bei der Bestimmung der natürlichen Erwerbslosenquote der Nicht-Flüchtlinge berücksichtigt. Die natürliche Erwerbslosenquote der Nicht-Flüchtlinge bis 2018 ergibt sich aus der trendbereinigten Erwerbslosenquote, die zunächst konstant gehalten wird und dann nach Ende des Projektionszeitraumes zu ihrem geschätzten langfristigen Wert (6,8 Prozent) zurückgeführt wird. Ab dem Jahr 2019 wird die natürliche Erwerbslosenquote der Nicht-Flüchtlinge dann mechanisch fortgeschrieben.⁴ Die Erwerbslosenquote der Flüchtlinge

Anstieg in den letzten Jahren insbesondere auf die ältere Erwerbsbevölkerung und Frauen aller Alterskohorten zurückging. Es empfiehlt sich dann, die trendmäßige Partizipationsquote für einzelne Alterskohorten und getrennt nach den Geschlechtern zu schätzen und mit der Entwicklung der Bevölkerungsanteile fortzuschreiben. Siehe Ferdinand Fichtner et al. (2016): Deutsche Wirtschaft setzt Aufschwung fort – trotz schwächeren Beschäftigungsaufbaus. DIW Wochenbericht 50, 1177-1188.

3 Siehe Fabrice Orlandi (2012): Structural unemployment and its main determinants in the EU countries. EC Economic Papers 455. Die strukturelle Erwerbslosenquote wird anhand eines Länderpanels für die EU über den Zeitraum 1985 bis 2009 geschätzt. Als Determinanten für die strukturelle Erwerbslosenquote gehen unter anderem die Höhe des Arbeitslosengeldes, Gewerkschaftsdichte, Suchkosten und ein Index für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen ein.

4 Die natürliche Erwerbslosenquote der Nicht-Flüchtlinge wird dabei im ersten Jahr des mittelfristigen Prognosehorizonts mit der halben Vorjahresveränderung fortgeschrieben und anschließend konstant gehalten. Lang-

wird als natürliche Erwerbslosenquote interpretiert, da sie per Annahme nicht durch konjunkturelle Entwicklungen beeinflusst wird; sie lässt sich, wie die Partizipationsrate der Flüchtlinge, aus dem Suchmodell ableiten. Die NAWRU im Projektionszeitraum ergibt sich als gewichteter Durchschnitt der natürlichen Erwerbslosenquoten für Flüchtlinge und Nicht-Flüchtlinge. Sie liegt im Jahr 2018 bei 3,8 Prozent. Bis zum Jahr 2021 geht sie auf rund 3,5 Prozent zurück. Grund dafür ist insbesondere die sinkende Zahl der erwerbslosen Flüchtlinge.

Produktionspotential

Die durchschnittliche Wachstumsrate des Arbeitsvolumens bis 2021 dürfte bei rund einem halben Prozentpunkt liegen, hauptsächlich getrieben durch eine steigende Partizipationsquote und eine leicht sinkende NAWRU. Während die im Trend sinkende durchschnittliche Arbeitszeit die Wachstumsrate des Arbeitsvolumens wohl reduziert, dürfte die Bevölkerungsentwicklung der erwerbsfähigen Personen wachstumsneutral sein. Alles in allem dürfte das potentielle Arbeitsvolumen in Stunden bis 2021 damit durchschnittlich einen Wachstumsbeitrag von 0,3 Prozentpunkten leisten (Tabelle).

Der Beitrag des Faktors Kapital zum Potentialwachstum dürfte im gesamten Projektionszeitraum einen halben Prozentpunkt ausmachen. Die Wachstumsrate des Kapitalstocks liegt mit 1 1/3 Prozentpunkten leicht unterhalb der Wachstumsrate des Produktionspotentials.

Zusammen mit dem Wachstumsbeitrag der totalen Faktorproduktivität in Höhe von 0,8 ergibt sich schließlich, dass das reale Produktionspotential bis 2021 um jahresdurchschnittlich gut anderthalb Prozent zunehmen wird.

fristig konvergiert sie gegen ihren langfristigen Wert. Siehe Orlandi (2012) a. a. O.

kalpakt zugrunde liegt, wird im laufenden Jahr ebenfalls um 0,2 Prozentpunkte sinken – auf 0,3 Prozent. Im Jahr 2018 schrumpft er auf eine rote Null. Diese Entwicklung zeigt, dass trotz der derzeit hohen Überschüsse nur begrenzte Spielräume für Steuersenkungen oder dauerhafte Mehrausgaben bestehen.¹⁷

17 Die Finanzpolitik wird dabei insbesondere von der sich abzeichnenden demografischen Entwicklung vor Herausforderungen gestellt. Vgl. Kristina van Deuverden (2016): Öffentliche Finanzen bis 2025: Nur auf den ersten Blick günstig. DIW Wochenbericht 50, 1193-1202. Die mittelfristige Projektion der Entwicklung der öffentlichen Finanzen zeichnet am aktuellen Rand zwar aufgrund des Erfassungsfehlers bei den Erwerbstätigen ein zu negatives Bild. Die aufgezeigten Entwicklungstendenzen, Probleme bei den Sozialversicherungen und strukturellen Verschiebungen behalten allerdings ihre Gültigkeit.

Projektion der wirtschaftlichen Entwicklung bis 2021

Für die mittlere Frist, also den Zeitraum zwischen 2019 und 2021, wird unterstellt, dass die weltwirtschaftliche Entwicklung dem in der kurzen Frist eingeschlagenen Pfad folgt. Angenommen wird, dass die Produktion in den entwickelten Volkswirtschaften um zwei Prozent pro Jahr wächst. Die wirtschaftliche Dynamik in den Schwellenländern bleibt relativ zu der in den entwickelten Volkswirtschaften hoch. Der Ölpreis und die Wechselkurse werden für die mittlere Frist als konstant angenommen und jeweils beim für Ende 2018 unterstellten Niveau verharren. Der Ölpreis beträgt demnach 55 Dol-

Tabelle 7

Verwendung des nominalen Bruttoinlandsprodukts

	Bruttoinlands- produkt	Konsumausgaben		Brutto- investitionen	Außenbeitrag
		Private Haus- halte	Staat		
In Milliarden Euro					
2009	2 460,3	1 413,0	481,2	444,5	121,5
2015	3 032,8	1 636,0	583,7	583,6	229,5
2021	3 645	1 929,6	748,5	747,4	219,2
Anteile am BIP					
2009	100	57,4	19,6	18,1	4,9
2015	100	53,9	19,2	19,2	7,6
2021	100	53	21	21	6
Jahresdurchschnittliche Veränderung in Prozent¹					
2015/2010	3,5	2,5	3,3	4,6	-
2020/2015	3	3	4	4	-

¹ In dieser Projektion sind die Vorausschätzungen auf ¼-Prozentpunkte gerundet.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Projektion des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2017

lar pro Barrel, der Euro-Dollar-Kurs liegt bei 1,10 US-Dollar pro Euro.

Die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank wird vor dem Hintergrund kurzfristig noch unterausgelasteter, im restlichen Projektionszeitraum normal ausgelasteter Kapazitäten im Euroraum, expansiv ausgerichtet bleiben, allerdings in abnehmendem Maße. Damit bleiben die Zinsen auch in Deutschland niedrig. In Deutschland dürfte die Finanzpolitik unter der Annahme geltenden Rechts ab dem Jahr 2019 restriktiv ausgerichtet sein.¹⁸

Die Produktion dürfte in der mittleren Frist in etwa mit der Zuwachsrate des Potentials – eineinhalb Prozent

¹⁸ Vgl. van Deuverden (2016), ebenda, 1196.

Ferdinand Fichtner ist Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | ffichtner@diw.de

Karl Brenke ist Wissenschaftlicher Referent im Vorstandsbereich des DIW Berlin | kbrenke@diw.de

Marius Clemens ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in den Abteilungen Konjunkturpolitik und Makroökonomie am DIW Berlin | mclemens@diw.de

Simon Junker ist stellvertretender Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik | sjunker@diw.de

JEL: E32, E66, F01

Keywords: Business cycle forecast, economic outlook

(Kasten 4) – zunehmen (Tabelle 6). Dabei dürfte sich die zunächst leicht positive Produktionslücke zurückbilden und bis zum Jahr 2021 schließen.

Der Beschäftigungsaufbau wird sich leicht abgeschwächt fortsetzen, bei steigender Produktivität. Die Arbeitslosenquote bleibt weiterhin niedrig, und es wandern pro Jahr per saldo 300.000 Erwerbspersonen zu – insbesondere aus Ländern der EU. Die steigende Nachfrage nach Arbeit führt dazu, dass die Bruttolöhne und -gehälter in der mittleren Frist weiterhin merklich expandieren. Die reale Kaufkraft der privaten Haushalte wird hingegen durch eine leicht anziehende Teuerung etwas gebremst werden. Der öffentliche Konsum dürfte hingegen an Bedeutung gewinnen, da die alternde Bevölkerung zunehmend Leistungen beispielsweise der gesetzlichen Krankenversicherung in Anspruch nehmen wird.

Der Wohnungsbau und die Ausrüstungsinvestitionen werden zunächst durch die günstigen Finanzierungsbedingungen gestützt. Die Dynamik nimmt allerdings ab. Die Investitionsquote dürfte alles in allem nur leicht über dem Niveau des Jahres 2016 liegen, so dass der Kapitalstock mittelfristig weniger stark wächst als das Produktionspotential.

Der Außenbeitrag wird keinen wesentlichen Wachstumsbeitrag liefern (Tabelle 7). Die Exporte werden bei einer robusten weltwirtschaftlichen Entwicklung ähnlich wie in der kurzen Frist expandieren. Die sich abschwächende binnenwirtschaftliche Entwicklung wird hingegen zu einer leichten Verringerung des Importwachstums führen.

Der Deflator des Bruttoinlandsprodukts wird in der mittleren Frist um durchschnittlich 1,7 Prozent zunehmen. Die Wachstumsrate des nominalen Bruttoinlandsprodukts liegt jahresdurchschnittlich bei etwa 3¼ Prozent.

Claus Michelsen ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in den Abteilungen Konjunkturpolitik und Klimapolitik am DIW Berlin | cmichelsen@diw.de

Thore Schlaak ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | tschlaak@diw.de

Kristina van Deuverden ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | kvandeuverden@diw.de

This report is also available in an English version as DIW Economic Bulletin 11/2017:

www.diw.de/econbull



HAUPTAGGREGATE DER SEKTOREN

Jahresergebnisse 2017

Milliarden Euro

Gegenstand der Nachweisung		Gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o. E.	Übrige Welt
3	Bruttowertschöpfung	2 901,1	1 951,4	309,1	640,6	-
4	- Abschreibungen	568,4	326,3	70,7	171,4	-
5	= Nettowertschöpfung ¹	2 332,8	1 625,2	238,4	469,2	-220,1
6	- Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 653,1	1 177,7	242,7	232,7	14,7
7	- Geleistete sonstige Produktionsabgaben	22,8	13,1	0,2	9,5	-
8	+ Empfangene sonstige Subventionen	25,6	23,9	0,2	1,5	-
9	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	682,5	458,3	-4,3	228,5	-234,8
10	+ Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 659,5	-	-	1 659,5	8,3
11	- Geleistete Subventionen	27,9	-	27,9	-	5,4
12	+ Empfangene Produktions- und Importabgaben	342,1	-	342,1	-	6,9
13	- Geleistete Vermögenseinkommen	722,4	654,0	41,9	26,5	176,8
14	+ Empfangene Vermögenseinkommen	787,6	370,3	16,5	400,8	111,6
15	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 721,4	174,6	284,6	2 262,2	-290,2
16	- Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	392,5	76,3	-	316,2	10,7
17	+ Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	402,7	-	402,7	-	0,4
18	- Geleistete Sozialbeiträge	668,0	-	-	668,0	3,8
19	+ Empfangene Sozialbeiträge	668,9	122,8	545,3	0,8	2,9
20	- Geleistete monetäre Sozialleistungen	569,2	63,2	505,2	0,8	0,5
21	+ Empfangene monetäre Sozialleistungen	562,2	-	-	562,2	7,5
22	- Geleistete sonstige laufende Transfers	310,5	157,0	76,9	76,7	50,5
23	+ Empfangene sonstige laufende Transfers	270,7	146,9	19,6	104,3	90,3
24	= Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 685,7	147,8	670,0	1 867,8	-254,5
25	- Konsumausgaben	2 367,2	-	641,0	1 726,2	-
26	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	-48,8	-	48,8	-
27	= Sparen	318,5	99,0	29,1	190,4	-254,5
28	- Geleistete Vermögenstransfers	49,1	7,6	32,2	9,3	4,8
29	+ Empfangene Vermögenstransfers	46,0	22,6	12,0	11,4	7,9
30	- Bruttoinvestitionen	632,4	357,1	70,5	204,8	-
31	+ Abschreibungen	568,4	326,3	70,7	171,4	-
32	- Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-2,1	1,7	-5,2	1,4	2,1
33	= Finanzierungssaldo	253,5	81,5	14,3	157,7	-253,5
Nachrichtlich:						
34	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 685,7	147,8	670,0	1 867,8	-254,5
35	- Geleistete soziale Sachtransfers	421,6	-	421,6	-	-
36	+ Empfangene soziale Sachtransfers	421,6	-	-	421,6	-
37	= Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 685,7	147,8	248,4	2 289,4	-254,5
38	- Konsum ²	2 367,2	-	219,3	2 147,9	-
39	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	-48,8	-	48,8	-
40	= Sparen	318,5	99,0	29,1	190,4	-254,5

¹ Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.

² Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.

³ Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

HAUPTAGGREGATE DER SEKTOREN

Jahresergebnisse 2018

Milliarden Euro

Gegenstand der Nachweisung	Gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o. E.	Übrige Welt
3 Bruttowertschöpfung	2 994,5	2 011,8	317,0	665,6	-
4 - Abschreibungen	586,1	336,2	72,9	177,0	-
5 = Nettowertschöpfung ¹	2 408,3	1 675,7	244,1	488,5	-219,9
6 - Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 711,9	1 220,9	249,0	242,0	15,3
7 - Geleistete sonstige Produktionsabgaben	23,1	13,2	0,2	9,7	-
8 + Empfangene sonstige Subventionen	25,6	24,0	0,2	1,5	-
9 = Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	699,0	465,5	-4,8	238,3	-235,2
10 + Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 718,4	-	-	1 718,4	8,9
11 - Geleistete Subventionen	28,2	-	28,2	-	5,3
12 + Empfangene Produktions- und Importabgaben	350,1	-	350,1	-	6,9
13 - Geleistete Vermögenseinkommen	726,5	659,2	41,9	25,4	179,6
14 + Empfangene Vermögenseinkommen	794,8	372,2	18,7	404,0	111,3
15 = Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 807,6	178,5	293,9	2 335,2	-293,0
16 - Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	406,5	82,1	-	324,4	11,0
17 + Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	417,1	-	417,1	-	0,5
18 - Geleistete Sozialbeiträge	692,1	-	-	692,1	3,9
19 + Empfangene Sozialbeiträge	693,0	127,2	564,9	0,8	3,1
20 - Geleistete monetäre Sozialleistungen	586,7	65,1	520,8	0,8	0,5
21 + Empfangene monetäre Sozialleistungen	579,4	-	-	579,4	7,8
22 - Geleistete sonstige laufende Transfers	320,8	157,4	83,3	80,1	45,2
23 + Empfangene sonstige laufende Transfers	275,6	151,3	19,8	104,5	90,3
24 = Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 766,5	152,4	691,6	1 922,5	-252,0
25 - Konsumausgaben	2 440,6	-	664,7	1 775,9	-
26 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	-49,2	-	49,2	-
27 = Sparen	325,9	103,2	26,9	195,8	-252,0
28 - Geleistete Vermögenstransfers	49,2	7,6	31,8	9,8	4,8
29 + Empfangene Vermögenstransfers	46,1	23,4	11,2	11,4	7,9
30 - Bruttoinvestitionen	660,0	371,8	72,0	216,3	-
31 + Abschreibungen	586,1	336,2	72,9	177,0	-
32 - Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-2,5	-1,7	-1,4	0,6	2,5
33 = Finanzierungssaldo	251,4	85,2	8,6	157,6	-251,4
Nachrichtlich:					
34 Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 766,5	152,4	691,6	1 922,5	-252,0
35 - Geleistete soziale Sachtransfers	442,4	-	442,4	-	-
36 + Empfangene soziale Sachtransfers	442,4	-	-	442,4	-
37 = Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 766,5	152,4	249,2	2 364,9	-252,0
38 - Konsum ²	2 440,6	-	222,3	2 218,3	-
39 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	-49,2	-	49,2	-
40 = Sparen	325,9	103,2	26,9	195,8	-252,0

¹ Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.

² Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.

³ Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2017 und 2018¹

	2016	2017	2018	2016		2017		2018	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
1. Entstehung des Inlandsprodukts									
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Erwerbstätige	1,2	1,4	1,0	1,2	1,2	1,4	1,3	1,1	0,9
Arbeitszeit, arbeitstäglich	-0,7	0,8	-0,3	-1,5	0,1	0,0	1,6	-0,7	0,1
Arbeitstage	0,4	-1,2	-0,3	1,6	-0,8	0,0	-2,3	-0,5	-0,1
Arbeitsvolumen, kalendermonatlich	0,9	1,0	0,5	1,3	0,6	1,4	0,6	-0,1	1,0
Produktivität ¹	0,8	0,4	1,3	1,0	0,8	0,1	0,7	1,7	0,9
Reales Bruttoinlandsprodukt	1,9	1,4	1,7	2,3	1,4	1,5	1,3	1,5	1,9
2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen									
a) Milliarden Euro									
Konsumausgaben	2 295,3	2 367,2	2 440,6	1 120,5	1 174,8	1 155,7	1 211,4	1 190,2	1 250,4
Private Haushalte ²	1 679,2	1 726,2	1 775,9	820,8	858,3	843,5	882,8	866,4	909,5
Staat	616,1	641,0	664,7	299,6	316,5	312,3	328,7	323,8	340,9
Anlageinvestitionen	626,7	646,4	675,4	303,6	323,1	311,2	335,1	325,6	349,8
Ausrüstungen	204,4	206,1	214,5	98,7	105,7	98,8	107,4	102,3	112,1
Bauten	309,4	323,0	338,9	149,8	159,6	155,3	167,7	163,8	175,1
Sonstige Anlageinvestitionen	112,9	117,2	122,0	55,1	57,8	57,2	60,1	59,5	62,5
Vorratsveränderung ³	-28,1	-14,0	-15,4	-8,3	-19,8	2,7	-16,7	1,7	-17,1
Inländische Verwendung	2 893,9	2 999,5	3 100,6	1 415,8	1 478,1	1 469,6	1 529,9	1 517,5	1 583,1
Außenbeitrag	238,8	220,1	219,9	128,1	110,6	117,9	102,2	117,4	102,5
Exporte	1 441,4	1 527,9	1 594,9	712,6	728,8	757,6	770,3	789,6	805,3
Importe	1 202,6	1 307,7	1 375,0	584,5	618,2	639,7	668,1	672,1	702,8
Bruttoinlandsprodukt	3 132,7	3 219,7	3 320,6	1 543,9	1 588,7	1 587,6	1 632,1	1 635,0	1 685,6
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Konsumausgaben	3,4	3,1	3,1	3,8	3,0	3,1	3,1	3,0	3,2
Private Haushalte ²	2,6	2,8	2,9	2,9	2,3	2,8	2,8	2,7	3,0
Staat	5,6	4,0	3,7	6,2	4,9	4,2	3,9	3,7	3,7
Anlageinvestitionen	3,8	3,1	4,5	5,4	2,3	2,5	3,7	4,6	4,4
Ausrüstungen	2,1	0,8	4,1	5,3	-0,7	0,1	1,6	3,6	4,4
Bauten	4,9	4,4	4,9	6,1	3,8	3,7	5,1	5,4	4,5
Sonstige Anlageinvestitionen	3,9	3,8	4,1	3,9	3,9	3,8	3,9	4,1	4,1
Inländische Verwendung	3,2	3,6	3,4	3,6	2,9	3,8	3,5	3,3	3,5
Exporte	1,6	6,0	4,4	1,7	1,5	6,3	5,7	4,2	4,5
Importe	1,1	8,7	5,1	0,4	1,9	9,4	8,1	5,1	5,2
Bruttoinlandsprodukt	3,3	2,8	3,1	3,9	2,7	2,8	2,7	3,0	3,3
3. Verwendung des Inlandsprodukts, preisbereinigt									
a) Verkettete Volumina in Milliarden Euro									
Konsumausgaben	2 122,0	2 151,3	2 188,1	1 043,1	1 079,0	1 057,1	1 094,2	1 074,3	1 113,9
Private Haushalte ²	1 570,7	1 586,1	1 610,0	770,3	800,3	777,4	808,7	788,2	821,8
Staat	551,0	564,5	577,3	272,5	278,5	279,3	285,3	285,6	291,7
Anlageinvestitionen	567,7	575,7	592,1	275,5	292,2	277,7	298,0	285,9	306,3
Ausrüstungen	196,8	197,3	204,6	94,7	102,1	94,0	103,3	97,1	107,5
Bauten	268,2	273,2	279,9	130,5	137,7	132,2	141,0	135,9	143,9
Sonstige Anlageinvestitionen	103,0	105,3	107,8	50,4	52,6	51,5	53,8	52,8	55,1
Inländische Verwendung	2 655,4	2 705,6	2 757,8	1 310,5	1 344,9	1 336,7	1 369,0	1 360,7	1 397,1
Exporte	1 388,4	1 439,4	1 488,4	687,8	700,6	717,0	722,3	738,1	750,3
Importe	1 200,0	1 263,0	1 316,0	586,4	613,7	621,0	642,0	644,7	671,3
Bruttoinlandsprodukt	2 843,0	2 883,4	2 932,6	1 411,2	1 431,9	1 432,8	1 450,6	1 454,7	1 477,9
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Konsumausgaben	2,5	1,4	1,7	3,1	2,0	1,3	1,4	1,6	1,8
Private Haushalte ²	2,0	1,0	1,5	2,5	1,5	0,9	1,0	1,4	1,6
Staat	4,0	2,5	2,3	4,7	3,4	2,5	2,4	2,3	2,3
Anlageinvestitionen	2,3	1,4	2,9	4,0	0,7	0,8	2,0	2,9	2,8
Ausrüstungen	1,1	0,2	3,7	4,2	-1,7	-0,8	1,1	3,3	4,1
Bauten	3,0	1,9	2,4	4,3	1,7	1,3	2,4	2,8	2,1
Sonstige Anlageinvestitionen	2,6	2,2	2,4	2,6	2,6	2,2	2,3	2,4	2,4
Inländische Verwendung	2,3	1,9	1,9	2,7	1,8	2,0	1,8	1,8	2,1
Exporte	2,6	3,7	3,4	3,0	2,3	4,2	3,1	2,9	3,9
Importe	3,7	5,2	4,2	4,0	3,5	5,9	4,6	3,8	4,6
Bruttoinlandsprodukt	1,9	1,4	1,7	2,3	1,4	1,5	1,3	1,5	1,9

¹ Aufgrund einer Datenkorrektur bei den Erwerbstätigenzahlen durch die Bundesagentur für Arbeit wurden für die vorliegende Prognose wichtige Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen angepasst. In den Anhangstabellen sind diese kursiv hervorgehoben. Zu der Datenkorrektur und den hier vorgenommenen Änderungen vgl. die Ausführungen in Kasten 1 auf Seite 188f.

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für DeutschlandVorausschätzung für die Jahre 2017 und 2018¹

	2016	2017	2018	2016		2017		2018	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2010=100)									
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Private Konsumausgaben ²	0,6	1,8	1,3	0,5	0,8	1,8	1,8	1,3	1,4
Konsumausgaben des Staates	1,5	1,5	1,4	1,5	1,4	1,7	1,4	1,4	1,4
Anlageinvestitionen	1,5	1,7	1,6	1,4	1,6	1,7	1,7	1,6	1,5
Ausrüstungen	1,1	0,6	0,3	1,0	1,1	0,8	0,4	0,3	0,3
Bauten	1,8	2,5	2,4	1,7	2,0	2,3	2,6	2,5	2,3
Exporte	-1,0	2,3	0,9	-1,2	-0,8	2,0	2,5	1,3	0,7
Importe	-2,5	3,3	0,9	-3,5	-1,5	3,3	3,3	1,2	0,6
Bruttoinlandsprodukt	1,4	1,3	1,4	1,6	1,3	1,3	1,4	1,4	1,4
5. Einkommensentstehung und -verteilung									
a) Milliarden Euro									
Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	2 188,1	2 262,2	2 335,2	1 077,1	1 111,1	1 114,1	1 148,1	1 148,4	1 186,8
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	287,3	299,8	310,4	139,0	148,3	145,4	154,4	150,5	160,0
Bruttolöhne und -gehälter	1 309,2	1 359,6	1 407,9	624,2	685,0	649,9	709,8	672,4	735,5
Übrige Primäreinkommen ⁴	591,6	602,7	616,9	313,9	277,8	318,8	283,9	325,5	291,4
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	457,1	459,2	472,4	216,4	240,6	215,5	243,7	221,9	250,4
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2 645,2	2 721,4	2 807,6	1 293,5	1 351,7	1 329,6	1 391,8	1 370,3	1 437,2
Abschreibungen	552,1	568,4	586,1	274,4	277,7	282,6	285,8	291,2	294,9
Bruttonationaleinkommen	3 197,3	3 289,8	3 393,7	1 567,9	1 629,4	1 612,2	1 677,6	1 661,5	1 732,2
<i>Nachrichtlich:</i>									
Volkseinkommen	2 338,4	2 407,2	2 485,7	1 141,4	1 197,0	1 173,6	1 233,7	1 210,5	1 275,2
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	741,9	747,7	767,3	378,2	363,7	378,3	369,5	387,6	379,7
Arbeitnehmerentgelt	1 596,5	1 659,5	1 718,4	763,2	833,3	795,3	864,2	822,9	895,4
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	3,4	3,4	3,2	3,7	3,1	3,4	3,3	3,1	3,4
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	2,9	4,4	3,5	2,8	2,9	4,6	4,1	3,5	3,6
Bruttolöhne und -gehälter	3,9	3,9	3,6	4,0	3,9	4,1	3,6	3,5	3,6
Übrige Primäreinkommen ⁴	2,4	1,9	2,3	3,5	1,2	1,6	2,2	2,1	2,6
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	2,5	0,5	2,9	7,5	-1,7	-0,4	1,3	3,0	2,7
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	3,2	2,9	3,2	4,3	2,2	2,8	3,0	3,1	3,3
Abschreibungen	3,1	2,9	3,1	2,9	3,2	3,0	2,9	3,0	3,2
Bruttonationaleinkommen	3,2	2,9	3,2	4,1	2,3	2,8	3,0	3,1	3,3
<i>Nachrichtlich:</i>									
Volkseinkommen	3,3	2,9	3,3	4,3	2,4	2,8	3,1	3,1	3,4
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	2,5	0,8	2,6	5,5	-0,5	0,0	1,6	2,5	2,8
Arbeitnehmerentgelt	3,7	3,9	3,5	3,8	3,7	4,2	3,7	3,5	3,6
6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte									
a) Milliarden Euro									
Masseneinkommen	1 294,6	1 340,9	1 384,5	622,0	672,6	647,6	693,4	668,1	716,4
Nettolöhne- und -gehälter	866,4	897,5	928,3	409,2	457,2	425,3	472,2	439,5	488,8
Monetäre Sozialleistungen	542,7	562,2	579,4	269,6	273,1	281,2	281,0	289,7	289,7
abzgl. Abgaben auf soziale Leistungen ⁵	114,5	118,7	123,2	56,8	57,7	58,9	59,8	61,1	62,1
Übrige Primäreinkommen ⁴	591,6	602,7	616,9	313,9	277,8	318,8	283,9	325,5	291,4
Sonstige Transfers (Saldo) ⁶	-72,8	-75,9	-78,8	-35,9	-36,8	-37,6	-38,3	-39,1	-39,7
Verfügbares Einkommen	1 813,5	1 867,8	1 922,5	899,9	913,5	928,7	939,0	954,5	968,0
<i>Nachrichtlich:</i>									
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	48,5	48,8	49,2	24,0	24,5	24,2	24,7	24,3	24,8
Konsumausgaben	1 679,2	1 726,2	1 775,9	820,8	858,3	843,5	882,8	866,4	909,5
Sparen	182,8	190,4	195,8	103,1	79,7	109,4	81,0	112,4	83,4
Sparquote in Prozent ⁷	9,8	9,9	9,9	11,2	8,5	11,5	8,4	11,5	8,4
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Masseneinkommen	3,5	3,6	3,2	3,4	3,5	4,1	3,1	3,2	3,3
Nettolöhne- und -gehälter	3,7	3,6	3,4	4,0	3,4	3,9	3,3	3,3	3,5
Monetäre Sozialleistungen	3,2	3,6	3,1	2,5	3,9	4,3	2,9	3,0	3,1
abzgl. Abgaben auf soziale Leistungen ⁵	3,6	3,7	3,8	3,2	4,1	3,6	3,7	3,7	3,8
Übrige Primäreinkommen ⁴	2,4	1,9	2,3	3,5	1,2	1,6	2,2	2,1	2,6
Verfügbares Einkommen	2,9	3,0	2,9	3,1	2,7	3,2	2,8	2,8	3,1
Konsumausgaben	2,6	2,8	2,9	2,9	2,3	2,8	2,8	2,7	3,0
Sparen	4,5	4,2	2,9	3,6	5,9	6,2	1,6	2,7	3,0

¹ Aufgrund einer Datenkorrektur bei den Erwerbstätigenzahlen durch die Bundesagentur für Arbeit wurden für die vorliegende Prognose wichtige Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen angepasst. In den Anhangstabellen sind diese kursiv hervorgehoben. Zu der Datenkorrektur und den hier vorgenommenen Änderungen vgl. die Ausführungen in Kasten 1 auf Seite 188f.

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2017 und 2018

	2016	2017	2018	2016		2017		2018	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates⁸									
a) Milliarden Euro									
Einnahmen									
Steuern	731,2	744,8	767,1	364,9	366,3	373,1	371,7	384,6	382,5
direkte Steuern	396,8	402,7	417,1	199,4	197,4	203,5	199,2	211,1	206,0
indirekte Steuern	334,4	342,1	350,1	165,5	168,9	169,6	172,5	173,5	176,5
Nettosozialbeiträge	523,1	545,3	564,9	253,3	269,8	264,9	280,4	274,3	290,7
Vermögenseinkommen	18,0	16,5	18,7	10,0	8,0	8,5	8,0	10,6	8,0
Laufende Übertragungen	19,3	19,6	19,8	9,3	10,0	9,4	10,2	9,5	10,3
Vermögenstransfers	15,3	12,0	11,2	7,6	7,7	5,1	6,9	4,6	6,6
Verkäufe	104,3	107,3	110,4	49,1	55,2	50,5	56,7	52,0	58,4
Sonstige Subventionen	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Insgesamt	1 411,4	1 445,6	1 492,4	694,3	717,1	711,5	734,1	735,7	756,7
Ausgaben									
Vorleistungen	151,7	155,9	160,9	69,4	82,3	71,5	84,4	73,8	87,2
Arbeitnehmerentgelte	235,8	242,7	249,0	113,3	122,4	116,9	125,8	119,9	129,1
Soziale Sachleistungen	268,1	283,2	297,1	133,3	134,8	140,9	142,3	147,7	149,4
Vermögenseinkommen (Zinsen)	43,4	41,9	41,9	21,6	21,8	20,9	21,0	20,9	21,0
Subventionen	27,6	27,9	28,2	13,4	14,2	13,6	14,3	13,7	14,5
Monetäre Sozialleistungen	487,7	505,2	520,8	242,2	245,5	252,6	252,6	260,3	260,5
Sonstige laufende Transfers	74,6	76,9	83,3	39,4	35,2	40,0	36,9	40,5	42,8
Bruttoinvestitionen	66,5	70,5	72,0	28,8	37,7	30,3	40,3	31,2	40,8
Vermögenstransfers	33,5	32,2	31,8	15,1	18,4	13,5	18,7	13,3	18,5
Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgegenständen	-1,3	-5,2	-1,4	-0,5	-0,8	-4,4	-0,8	-0,6	-0,8
Sonstige Produktionsabgaben	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Insgesamt	1 387,7	1 431,4	1 483,8	676,1	711,6	695,8	735,6	720,8	763,0
Finanzierungssaldo	23,7	14,3	8,6	18,2	5,5	15,8	-1,5	14,9	-6,3
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Einnahmen									
Steuern	4,5	1,9	3,0	4,8	4,2	2,2	1,5	3,1	2,9
direkte Steuern	6,5	1,5	3,6	5,8	7,2	2,1	0,9	3,7	3,4
indirekte Steuern	2,1	2,3	2,3	3,5	0,8	2,4	2,2	2,3	2,3
Nettosozialbeiträge	4,5	4,2	3,6	4,3	4,6	4,6	3,9	3,5	3,7
Vermögenseinkommen	-17,5	-8,4	13,2	-19,8	-14,5	-15,0	-0,2	25,2	0,5
Laufende Übertragungen	-0,9	1,3	1,3	3,1	-4,3	1,4	1,3	1,4	1,3
Vermögenstransfers	25,7	-21,4	-6,6	46,0	10,6	-32,9	-10,1	-8,9	-5,0
Verkäufe	3,9	2,9	2,9	3,6	4,2	2,9	2,9	2,9	2,9
Sonstige Subventionen	-7,6	0,0	0,0	-10,3	-5,5	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	4,2	2,4	3,2	4,4	4,0	2,5	2,4	3,4	3,1
Ausgaben									
Vorleistungen	8,7	2,8	3,2	10,1	7,6	3,1	2,6	3,2	3,2
Arbeitnehmerentgelte	3,1	2,9	2,6	3,2	3,0	3,1	2,7	2,6	2,6
Soziale Sachleistungen	6,2	5,6	4,9	7,0	5,4	5,7	5,6	4,9	5,0
Vermögenseinkommen (Zinsen)	-8,3	-3,5	0,0	-10,6	-5,8	-3,5	-3,5	0,0	0,1
Subventionen	0,2	1,1	1,0	-3,2	3,7	1,2	1,0	1,1	1,0
Monetäre Sozialleistungen	3,5	3,6	3,1	2,7	4,4	4,3	2,9	3,1	3,1
Sonstige laufende Transfers ⁹	-0,6	2,2	6,4	-1,8	1,2	0,6	1,7	0,5	5,9
Bruttoinvestitionen	3,5	6,1	2,1	7,2	0,8	5,2	6,8	3,2	1,3
Vermögenstransfers ⁹	3,8	-1,3	-0,4	2,4	1,4	-10,1	1,3	-1,9	-0,9
Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgegenständen ⁹	0,5	-3,9	3,8	0,6	-0,1	-3,9	0,0	3,8	0,0
Sonstige Produktionsabgaben ⁹	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	4,0	3,1	3,7	3,9	4,2	2,9	3,4	3,6	3,7

1 Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde.

2 Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

3 Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

4 Selbständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen

5 Einschließlich verbrauchsnahe Steuern.

6 Empfangene abzüglich geleistete Transfers.

7 Sparen in Prozent des verfügbaren Einkommens.

8 Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.

9 Absolute Änderung gegenüber dem Vorjahr in Mrd EUR.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); Berechnungen des DIW Berlin.



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e.V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
84. Jahrgang

Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Lukas Menkhoff
Prof. Johanna Möllerström, Ph.D.
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Dr. Critje Hartmann
Dr. Wolf-Peter Schill

Redaktion

Renate Bogdanovic
Dr. Franziska Bremus
Prof. Dr. Christian Dreger
Sebastian Kollmann
Ilka Müller
Mathilde Richter
Miranda Siegel
Dr. Alexander Zerrahn

Lektorat

Karl Brenke
Ronny Freier

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74
77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. (01806) 14 00 50 25
20 Cent pro Anruf
ISSN 0012-1304
ISSN 1860-8787 (Online)

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.